

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie alle zu unserer heutigen 109. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode herzlich willkommen. Mein Gruß gilt insbesondere unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe nun den einzigen, aber sehr umfangreichen **Tagesordnungspunkt** auf:

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 - Neudruck

Erste Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4660

Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/4860

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808,
13/4810 bis 13/4816

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4502

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/4817

zweite Lesung

Und:

**Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbe-
gleitgesetz 2004/2005)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 - Neudruck

zweite Lesung

Meine Damen und Herren, das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Bereiche und die dazu vorgeschlagenen Redezeiten können Sie dem Anhang der Tagesordnung entnehmen. Nach Beratung aller Bereiche eines Einzelplanes erfolgt die Abstimmung über diesen Einzelplan. Liegt ein Änderungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Die Gesamtabstimmung über die Haushaltspläne 2004/2005 in zweiter Lesung erfolgt morgen mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

Vereinbarungsgemäß finden zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen statt. Über die voraussichtlichen Zeitpunkte der Abstimmungen habe ich Sie bereits mit Schreiben vom 15. Januar 2004 unterrichtet. Das sind natürlich nur ungefähre Zeiten.

Nach der Beratung des Einzelplans 13 - Landesrechnungshof - werden die Beratungen heute unterbrochen und morgen fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst **Bereich 1** auf:

Schule und Weiterbildung

Angesprochen sind die Einzelpläne 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - und 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4815 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 und die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4911 und 13/4912 - 2. Neudruck - sowie Drucksachen

13/4916 und 13/4917 jeweils zu diesen beiden Einzelplänen.

Ich eröffne die Beratung und erteile zum Bereich 1 - Überschrift: Schule und Weiterbildung - dem Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Guten Morgen und hoffentlich gute Beratungen uns allen in den nächsten zwei Tagen!

Wir beginnen mit der Beratung des Schuletats, der sich nicht wie in den vergangenen Jahren auf ein Haushaltsjahr bezieht. Wir beraten einen Etat, der sich auf zwei Schuljahre erstreckt und damit Schulen, Lehrern und Eltern möglichst auch eine mittelfristige Perspektive geben soll.

Welche Perspektive, welche Vision von Schulpolitik nach PISA, gibt uns nun der hier vorgelegte Haushaltsentwurf? Welche Konsequenz fordert PISA von uns Politikern, und welche Antwort gibt dieser Entwurf? - Meine Damen und Herren, PISA verlangt eine verstärkte Frühförderung. Ihre Antwort: Sie schließen Bildungsvereinbarungen und kürzen anschließend die Mittel für die Kindergärten.

PISA verlangt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die individuelle Förderung von Lernschwachen und Hochbegabten. Da Sie aber keine zusätzlichen Lehrerstellen für diese Aufgaben zur Verfügung stellen, erfolgt absolut keine Veränderung der augenblicklich unbefriedenden Situation.

PISA fordert eine verstärkte Förderung von Migrantenkindern. Sie aber schaffen keine zusätzlichen Stellen, sondern lediglich einen Verschiebeparkplatz. PISA fordert die Abschaffung bzw. Milderung der sozialen Benachteiligung. Sie aber unternehmen auf diesem Gebiet nichts. Sie schaffen nur weitere Ungerechtigkeiten.

Meine Damen und Herren, was machen Sie z. B. für die Hauptschulen? - Dort sitzt der überwiegende Teil der Menschen, der laut PISA durch das Sieb gefallen ist. Im Übrigen droht dort nach wie vor die Gefahr, dass die Hauptschüler weiter durch das Sieb fallen werden.

PISA fordert, die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Unterrichtsqualität zu schaffen. Sie aber verschlechtern die Möglichkeiten, indem Sie die Mittel für Fort- und Weiterbildung zusammenstreichen.

PISA fordert, dass der Ausbau echter Ganztagschulen vorangetrieben wird. Die Aspekte "Verknüpfung von Familie und Beruf" und der Abbau von Bildungs- und Erziehungsdefiziten schaffen erst größere Chancengerechtigkeit. Sie aber setzen alleine auf Betreuung und Verwahrung.

Meine Damen und Herren, PISA fordert aber auch klare Bildungsstandards und verbindliche Curricula. Sie aber schaffen in der Tat nur eine "Einheitssoße" an Standards, die den differenzierten Ansprüchen der unterschiedlichen Schulformen in keiner Weise gerecht wird.

Tatsache ist, meine Damen und Herren: Mit diesem Haushaltsentwurf nehmen Sie keine der PISA-Forderungen angemessen auf. Sie entwickeln keinerlei Vision und Perspektive, wie Sie die Bildungspolitik in den Jahren drei und vier nach PISA gestalten wollen.

Sie, meine Damen und Herren von der rot-grünen Regierung, sind mit dem Slogan gestartet "Bei der Bildung wird nicht gekürzt! Wir setzen Priorität in die Bildung!". Nur, meine Damen und Herren, Anspruch und Wirklichkeit sind bei Ihnen zwei Welten. Gleich, um 12.00 Uhr, werden über 20.000 Menschen vor dem Landtag erwartet - Schüler, Eltern und Lehrer sowie Schulen in freier Trägerschaft. Diese Menschen stehen da nicht aus Begeisterung für die tolle Arbeit der Landesregierung. Meine Damen und Herren, diese Menschen stehen da, weil Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ihnen die Vertrauensbasis entzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie stehen dort, weil Sie die Schulen in freier Trägerschaft mit einem Sonderopfer zur Haushaltskonsolidierung heranziehen.

Fakt ist: Wer die Zuschüsse um 25 % kürzt, der spart an Bildung, der kürzt den Bildungsbereich. Ich frage Sie: Mit welchem Recht benachteiligen Sie eine ganze Schülergruppe, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Es ist absurd, denn Sie bestrafen diejenigen, die hervorragende Bildungsarbeit leisten und die zudem den Landeshaushalt mit ca. 800 Millionen € entlasten. Es ist doch geradezu töricht, die zu verprellen, die dem Staat einen Teil der Last abnehmen.

Meine Damen und Herren, beleuchten wir nun Ihren Stufenplan "Verlässliche Schule". Sie haben 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zugesagt. Heute können wir sagen: Versprochen - gebrochen,

meine Damen und Herren. Sie haben 3.100 Stellen umgesetzt für die Bereiche Praktische Philosophie, Englisch in der Grundschule und steigende Schülerzahlen. Nur, meine Damen und Herren: Selbst wenn Sie jetzt noch 1.000 Stellen zusätzlich schaffen, so fehlen weitere 2.000 Stellen zur regulären Erfüllung Ihres Versprechens, nämlich 6.100 neue Lehrerstellen zu schaffen. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt fangen Sie sogar an zu tricksen. Sie versuchen, sich über die Feststellung zu retten, dass die Pflichtstundenerhöhung einem Umfang von 4.000 Lehrerstellen entspräche und so den Schulen mehr Unterricht in einem Umfang von 100.000 Unterrichtsstunden zur Verfügung stünde. Sie wissen aber ganz genau, dass das eine Ankündigung mit Verfallsdatum ist. Die Menschen in unserem Lande lassen sich darin nicht täuschen; denn sie wissen genau, dass sich die Anzahl der Unterrichtsstunden nur bis zu den Sommerferien leicht verbessern wird. Danach fließen diese Stunden voll in die Stellenberechnung ein. So ehrlich sollten wir sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zudem haben Sie selber feststellen müssen, dass der Unterrichtsausfall an den Grundschulen deutlich zugenommen hat. Das sind wieder 1,1 % mehr. Mittlerweile gibt es hier also viermal so viel Unterrichtsausfall im Grundschulbereich als z. B. in Baden-Württemberg.

Sie haben sicher auch die Zahlen von Köln gelesen. Dort hat eine Initiative festgestellt, dass dort wöchentlich 454 Unterrichtsstunden ausfallen. Eines ist übrigens ebenfalls sehr interessant: Es gibt diesbezügliche Ergebnisse. Vergleicht man nämlich das Unterrichtsvolumen von Nordrhein-Westfalen mit den benachbarten Niederlanden, so zeigt sich, dass alleine unsere Grundschüler 940 Unterrichtsstunden weniger haben.

(Recker, CDU)

Am Ende der Sekundarstufe I sind es zwei Schuljahre, wie die niederländischen Schulinspektoren in einem von Ihnen unter dem Tisch gehaltenen Abschlussbericht am nordrhein-westfälischen Schulsystem bemängeln. Meine Damen und Herren, Ihre Schulpolitik ist ein echter Standortnachteil für Nordrhein-Westfalen. Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CDU)

Nun feiern Sie die Einführung der offenen Ganztagsgrundschule als Erfolgsmodell. Meine Damen

und Herren, während Sie feiern, überlegen die Kommunen, wie sie angesichts leerer Kassen mit Ihren Ideen klarkommen sollen. Ihr Finanzierungskonzept geht eindeutig zulasten der Kommunen und Eltern.

Ferner sind Sie im Begriff, Kommunen zu erpressen, wenn Sie von ihnen zur Genehmigung von Ganztagsbetreuung an den Grundschulen einen Abwicklungsplan für Hortplätze verlangen. Frau Ministerin, hier können Sie noch so oft widerrufen, die Texte Ihres Hauses treffen leider andere Aussagen.

Wir wissen genau, dass die offene Ganztagsgrundschule die Qualität der Horte nie erreichen kann. Acht Stellen für 235 Schulen sind eine Farce. Daran erkennt man, dass die Gemeinden gezwungen sind, weil sie kein Geld haben, dieses zu kapitalisieren. Es ist geradezu ein Hohn, dass der Besuch einer echten Ganztagsgrundschule mit entsprechenden Lehrern bis auf das Mittagessen kostenlos ist, während Sie für eine Ganztagsgrundschule mit einer überwiegenden Betreuung bis zu 100 € im Monat verlangen, meine Damen und Herren. Das ist ungerecht sowie pädagogisch und sozial nicht vertretbar. Das passt nicht zusammen und wird von den Menschen in unserem Land nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

Folgen Sie daher unserem Konzept für eine echte Ganztagschule, die wir flächendeckend und bedarfsgerecht einrichten wollen.

Vertrauensbruch und gebrochene Versprechungen sind leider das Fundament Ihrer Bildungspolitik. Das gilt besonders für den Bereich der Weiterbildung.

Alle im Landtag vertretenen Parteien hatten sich verständigt, die Mittel für die Weiterbildung bis zum Jahre 2004 nicht zu kürzen. Im Haushalt 2003 sind sie mit einer Kürzung um 5 % angefangen. Im Doppelhaushalt 2004 und 2005 werden die Mittel um 15 % reduziert. Sie begehen nun zum zweiten Mal klaren Wortbruch im Bereich Weiterbildung. Die CDU-Fraktion wird sich uns an diesem Wortbruch nicht beteiligen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben die Rücknahme der Kürzung im Haushaltsbegleitgesetz eingefordert.

Ich fasse zusammen: Sie, Frau Ministerin, reden von Ganztagschule und meinen Betreuung. Sie reden von individueller Förderung und verschlechtern die Rahmenbedingungen. Sie reden von

Sprachförderung vor der Einschulung und lassen es zu, dass Sprachförderung oder Sprachkurse nicht verpflichtend eingeführt werden. Sie wollen Bildungsstandards und vernachlässigen dabei die unterschiedlichen Ansprüche der Schulformen. Für eine tief greifende Bildungsreform mit klaren Qualitäts- und Leistungsansprüchen fehlt Ihnen der Mut.

Als Fazit stelle ich fest: Mit diesem hier vorgelegten Haushaltsplanentwurf setzen Sie keine Priorität in Bildung. Sie sparen, begehen Wortbruch und bleiben weit hinter Ihren großen Ankündigungen zurück. Sie haben leider alle unsere Anträge im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt. Das waren Initiativen, die zeigen, dass wir von der CDU zu unserem Wort stehen. Wir wollen mehr Qualität, vor allem aber auch Verlässlichkeit. Weil wir seitens der CDU zu unserem Wort stehen und sich die Menschen auf unsere Zusagen verlassen können, lehnen wir diesen Haushalt im Bereich Schule und Weiterbildung ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Recker. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Degen.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Recker, Sie sagten, dass die Haushaltsberatungen beginnen. Die SPD hat vor einem halben Jahr mit den Haushaltsberatungen begonnen, und es wäre gut und der Sache dienlich gewesen, wenn Sie sich an diesen Beratungen beteiligt hätten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das gilt natürlich auch für die FDP-Fraktion, obwohl wir da auf die Teilnahme gut verzichten können und auch die Qualität der Anträge; Sie haben diese heute vorgelegt.

Man muss etwas nicht gelesen haben, um etwas so häufig zitieren zu können wie PISA. Herr Recker, PISA fordert nicht, sondern PISA stellt fest und vergleicht, woraus man Schlussfolgerungen ziehen kann. Die Schlussfolgerungen, die Sie ziehen, sind nicht die Schlussfolgerungen, die PISA nahe legt.

Herr Präsident, ich freue mich, dass wir die zweite Lesung des Doppelhaushalts für die Jahre 2004 und 2005 mit dem Einzelplan 5, dem Schuletat, und mit dem Teil des Einzelplans 15 beginnen, der die Weiterbildung betrifft, für den der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nach seinem Namen ja auch zuständig ist.

Obwohl der Landeshaushalt um insgesamt 0,41 % schrumpft - wir alle wissen, dass es ein Sparhaushalt ist, der unter schwierigsten finanziellen Bedingungen zustande kommt -, steigt der Schulhaushalt gegenüber dem laufenden Jahr um rund 1,6 % im Jahre 2004 und im Jahre 2005 um weitere 2,28 %. Um eine Antwort vorwegzunehmen: Es steigen nicht die Pensionslasten, sondern es handelt sich um eine echte Ausgabensteigerung. Das ist eine Steigerung im Doppelhaushalt um insgesamt rund 4 %. Eine solche Leistung kann in diesen Zeiten nur erbracht werden, indem in anderen Ressorts für eine Deckung gesorgt wird. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fachausschüsse und Fachbereiche für diese Solidarität gegenüber dem Schuletat bedanken, denn erst damit wurde es möglich, eine Priorität für Bildung zu setzen. Der Haushalt ist ein Beweis dafür.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Haushalt sind aber auch schmerzhaft Einschnitte vorgenommen worden, z. B. die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde, die Kürzung der Landesmittel für Ersatzschulen um einmalig 1,5 Prozentpunkte und die Kürzung der Zuschüsse im Weiterbildungsbereich um 15 %. Bitte glauben Sie uns, dass uns diese Entscheidungen nicht leicht gefallen sind. Wir können es uns aber auch nicht so leicht machen wie die Opposition mit den heute vorgelegten Änderungsanträgen ohne finanzielle Deckung.

(Helmut Stahl [CDU]: Alles gedeckt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Dann müssen wir damit noch nach Warendorf. Dann habe ich die Anträge falsch gelesen.

(Zuruf von der SPD: Erst beteiligt sich die CDU nicht, und dann legt sie virtuelle Deckungen vor! - Widerspruch bei der CDU)

Zurück zu den einzelnen Punkten: Durch die Einstellung der Vorgriffsstunde schon im laufenden Jahr führt die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für einen Teil der Lehrerinnen und Lehrer jedenfalls im nächsten Jahr nicht zu einer faktischen Ausweitung des Unterrichts. Das Wichtigste dabei ist allerdings, dass der Ertrag der Arbeitszeiterhöhung dem System Schule erhalten bleibt und nicht, wie das in anderen Bundesländern zum Teil der Fall ist, zum Stellenabbau führt.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Letztlich kommen rund 4.000 Stellen - genauer gesagt: der Mehrunterricht im Gegenwert von 4.000 Stellen - diesem Haushalt zugute. Zusätz-

lich dazu werden 1.000 Lehrerstellen eingerichtet, um den in diesem Umfang gar nicht vorhersehbaren Mehrbedarf - hauptsächlich an den Berufskollegs und Sonderschulen - abdecken zu können.

Die Stellen für Lehrer werden also von 143.790 im Jahre 2003 auf 144.790 Stellen im Haushalt 2004/2005 erhöht. Das ist ein echter Zuwachs von zusätzlich 1.000 Stellen über die erarbeiteten Stellen hinaus. Da beißt die Maus keinen Faden ab, so viele Rechenkünste Sie auch an den Tag legen.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist eine echte Leistung, die die Priorität der Bildung abermals unterstreicht.

(Zuruf von der CDU: Der Zuwachs der Stellen?)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt eingehen, bei dem in Ihren Reihen immer wieder Verwirrung auftritt. Ich weise daher noch einmal darauf hin, dass die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung um eine Stunde bei ungefähr 145.000 Lehrern natürlich auch dazu führt, dass sich die Lehrer-Schüler-Relation verschlechtert. Das ist eben Mathematik und nicht Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie verbessert sich!)

- Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis; in diesem Zusammenhang denke ich auch an Ihre Anfrage.

Mit dem Haushalt 2004/2005 erreichen wir auch, dass der von den Koalitionsfraktionen verabschiedete so genannte Stufenplan - er wurde vorhin angesprochen -, der ein Plus von insgesamt 6.100 Stellen erbringt - davon wurden 3.100 bereits abgearbeitet -, aufgrund dieser zusätzlichen Stellen übererfüllt wird. Und glauben Sie uns bitte, dass wir auch die beiden bisher hinausgezögerten Einzelpunkte, nämlich die zweite Marge bei den Fächern Praktische Philosophie und Islamkunde, in den kommenden Jahren noch realisieren werden.

Mit der im Haushalt für 2005 einmalig vorgesehenen Erhöhung des Eigenanteils von Trägern privater Ersatzschulen von 1,5 Prozentpunkten liegt Nordrhein-Westfalen bei der Ersatzschulfinanzierung immer noch im oberen Drittel des Ländervergleichs.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Die von Ihnen beantragte Rücknahme der Erhöhung des Eigenanteils im Jahr 2005 würde 15 Millionen € kosten. Sie haben die Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes beantragt; die De-

ckung ist in Ihrem Antrag aber nicht enthalten. Wie ich schon gesagt habe: Hätten Sie Ihre Anträge früher eingebracht, hätte man über diese Punkte auch reden können.

Ich würde gerne auf die zusätzlich erforderlichen Stellen an den Sonderschulen und bei den Berufskollegs verzichten. Zumindest bei den Sonderschulen macht mir das echte Sorgen. Bei den Berufsschulen fangen wir Aufgaben der Wirtschaft auf und gehen für die Wirtschaft in die Finanzierung; sie müsste eigentlich diesen Bereich des dualen Systems im Praktischen abdecken.

Herr Recker, Sie haben auch die offene Ganztagsgrundschule angesprochen. Diese ist nach wie vor ein Erfolgsmodell. Sie werden sich auch nicht dagegen wehren können, dass sich unter den 77 Kommunen, die diese Schulen in der ersten Runde eingerichtet haben, auch eine ganze Reihe mit CDU-Mehrheiten befinden. Kompliment an die CDU-Ratsmitglieder in den Kommunen, die zeigen, dass sie sich von praktischen Bedürfnissen der Kinder und Eltern mehr leiten lassen als von den ideologischen Scheuklappen, die Sie hier reihenweise verteilen!

(Beifall von Brigitte Speth [SPD] und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Insgesamt bietet der Schulhaushalt eine gute Basis, um die Reformen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen erfolgreich weiterzuführen.

Zur Weiterbildung haben wir in der SPD-Fraktion eine Entschließung verabschiedet, in der eigentlich alle Punkte mit Haushaltsrelevanz klargestellt werden. Wir werden diese Entschließung zur dritten Lesung vorlegen und sie Ihnen so schnell wie möglich zur Kenntnis geben. Ich empfehle Ihnen, sich diese Entschließung gut durchzulesen; denn wenn Ihnen die Weiterbildung so am Herzen liegt, können Sie ihr eigentlich nur zustimmen.

Ihr Antrag zur Weiterbildung, Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes zu streichen, ist ziemlich aus der Hüfte geschossen. Dabei haben Sie wahrscheinlich übersehen - oder vielleicht wollen Sie das sogar bewusst streichen -, dass damit auch die Operation haushalts-technischer Art wegfällt, die wir vorgenommen haben, um den Bereich der Schulabschlüsse an den Volkshochschulen zu erhalten und weiterhin gezielt fördern zu können; denn dies ist ebenfalls in Art. 3 vorgesehen.

So einfach wie Sie kann man es sich meines Erachtens nicht machen. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das halbe Jahr, das wir für die Beratung

des Haushalts aufgewandt haben, dazu genutzt hätten, mit uns zu reden. Das, was Sie jetzt machen, ist kein exakter Umgang mit einem Haushalt - und mit einem Doppelhaushalt schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Degen. - Das Wort hat der Abgeordnete Witzel für die FDP-Fraktion.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Einzelplanberatung des Landeshaushaltes ist nun auch endlich die rot-grüne Märchenstunde im Bildungsbereich vorbei.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir als FDP-Landtagsfraktion werben für einen Masterplan Bildung unter dem Motto „Zukunft gestalten statt Mangel verwalten“. Wir brauchen einen Ruck, der durch diese Gesellschaft geht - für unser Land, für bessere Bildungschancen zugunsten der jungen Generation.

Die rot-grüne Landesregierung hat uns in vielerlei Hinsicht einen einmaligen Haushalt vorgelegt. Da ist zum einen der Charakter des Doppelhaushalts, der zeigt, dass Sie offenbar Angst haben, die Einsparungen bei der Bildung und damit bei den Zukunftschancen der jungen Generation auch Ihren Wählern im Wahljahr 2005 durch entsprechende Beschlussfassung dort zu verkaufen.

Neben Verfassungsänderungen ist das Haushaltsrecht des Parlaments das wichtigste Recht dieses Hauses. Jede von ihrer Politik überzeugte Regierung wirbt natürlich mit ihren eigenen Haushaltsansätzen offensiv, gerade bei bevorstehenden Wahlen, weil sie sagt: Da können wir doch endlich einmal verdeutlichen, wie wir uns Politik dann, wenn es um die Realität geht, praktisch vorstellen.

Die Bürger dieses Landes wollen keine Sonntagsreden mehr hören. Sie wollen die Wahrheit wissen. Sie haben ein Anrecht darauf zu erfahren, wie es um die Landesfinanzen und die Zukunft der Bildung in diesem Land tatsächlich steht. Genau da laufen Sie weg. Sie haben Angst vor Ihrer eigenen Politik. Wir als FDP-Landtagsfraktion werden dafür sorgen, dass hier niemand Unfallflucht begeht.

Dabei lässt sich Ihr Haushalt doch so einfach und zutreffend wie auch zugleich erschöpfend mit dem einzigen Satz skizzieren: Der Wortbruch ist Maxime Ihrer Politik. Privatschulen haben das Vertrau-

en in die Politik dieser Regierung verloren. Anstelle von Planungssicherheit setzen Sie zum Kahlschlag an. Viele Träger haben angekündigt, einzelne Standorte zu schließen. Im Ergebnis zahlt der Staat dann noch mehr.

Wir haben eine gesetzliche Schulpflicht zu erfüllen, meine Damen und Herren. Je weniger private Anbieter mit ihren eigenen anteiligen Finanzierungsbeiträgen mithelfen, umso mehr Kosten verbleiben beim Land. So provozieren Sie einen klassischen Umkippeffekt. Ihre Devise „Mehrkosten statt Einsparungen, aber wenigstens gibt es kein pluralistisches Bildungswesen mehr“ trägt nicht.

Auch die Scheinlogik funktioniert nicht bei Ihnen. Jugendhilfeeinrichtungen können Sie schließen. Dann stehen junge Menschen halt auf der Straße. Aber Jugendliche haben ein verfassungsrechtliches Beschulungsrecht, das auch Sie nicht einfach vom Tisch wischen können.

Ihrer Logik folgend kennen kundige Beobachter wahrscheinlich schon Ihre nächsten Gesetzesänderungen: Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht, stattdessen ein straffes Bekenntnis zum Analphabetentum. Das wäre wahrscheinlich noch billiger.

Dabei tun Sie so, als hätte es PISA nicht gegeben. Es ist eine Schande für unser Land, dass Kinder - das meine ich ganz ernsthaft -

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben Sie nicht ernst gemeint! Das ist nämlich die logische Schlussfolgerung!)

aus bildungsbenachteiligten Familien immer noch nicht dieselben Chancen haben.

Wir Liberale sind für Leistungs differenzierung, und wir bekennen uns dazu, dass Schulverweigerung sanktioniert werden muss. Aber wenn die soziale Herkunft von Kindern und der Geldbeutel der Eltern über die zukünftige Chancenverteilung in dieser Gesellschaft entscheiden, dann läuft etwas falsch in diesem Staat.

Hunderttausende von Schülern retten sich in private Nachhilfeinstitute, da das öffentliche Angebot nicht mehr die elementarsten Anforderungen erfüllt. Das ist in Wahrheit die soziale Kälte Ihrer Politik. Sie verpulvern Steuergelder für die Förderung von Waldpädagogik unter frauenspezifischen Aspekten. Ihre Haushaltsansätze muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Aber dass junge Menschen ihre Muttersprache, die elementarsten Rechtschreibregeln und die einfachsten mathematisch-naturwissenschaftlichen Zusam-

menhänge nicht mehr verstehen, ist anscheinend egal.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Wieder ein fremdenfeindlicher Mensch, der nichts verstehen will!)

Wir brauchen an unseren Schulen mehr qualifizierte Lehrer und weniger billige Aufpasser als Ersatz. Wir brauchen mehr Unterricht und weniger Stundenausfall. Wir brauchen mehr Qualität und weniger Beliebtheit.

Aber genau letztere wird zunehmen, wenn Sie Klassenarbeiten aus Gründen der Haushaltssparnis streichen. Ihnen fehlt jedes pädagogische Konzept. Erst stellen Sie in einem eigenen Gutachten fest, dass die Lehrer in diesem Land - in vielen Schulformen jedenfalls - schon mehr als 41 Stunden die Woche arbeiten. Dann kündigen Sie offiziell die 41-Stunden-Woche an, die viele Kollegen als das Versprechen einer wohltuenden Arbeitszeitverkürzung empfinden. Statt aber Belastungen abzubauen, erhöhen Sie im nächsten Schritt die Arbeitszeiten, um Tausende versprochener Planstellen zu sparen.

Und da hierdurch die Arbeitsbelastung gestiegen ist, werden Lehrer wieder entlastet, indem Sie Klassenarbeiten streichen und somit wieder einmal weniger Leistungsevaluation in der Bildung stattfindet. Das ist wahrlich ein Stück aus dem Tollhaus, oder besser: eine Hommage auf das absurde Theater von Dürrenmatt, da die Förderung von Talent und Neigung in diesem Bereich zukünftig in Schulen nicht mehr stattfindet.

Sie kündigen für 5.000 € Haushaltssparnis die bundesweite Vereinbarung aller Bundesländer auf KMK-Ebene, damit zukünftig kein Schülertheater mehr stattfindet, und stattdessen veranstalten Sie hier lieber selber Ihr eigenes.

(Beifall bei der FDP)

Weniger humoristisch mutet dabei der Umstand an, dass Sie selbst die Minimalziele des so genannten verlässlichen Stufenplans dabei preisgeben. Mit dem Eingeständnis von Bildungsministerin Ute Schäfer, dass die rot-grüne Landesregierung das von ihr die ganzen Jahre dieser Legislaturperiode über gebetsmühlenartig vorgetragene Programm „Stufenplan verlässliche Schule“ nun mittlerweile brechen muss, dass es nicht zur Schaffung von 2.000 neuen Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode kommt, zeigt, wie unverlässlich die Politik in der Praxis ist.

Mit der Nichteinhaltung Ihrer eigenen Einstellungszusagen begeht die Landesregierung erneut einen Wortbruch beim Stufenplan. Bereits zuvor

wurden in den Haushaltsjahren Versprechen des Stufenplans bei der Einrichtung von 300 Stellen nicht eingehalten.

Zusammen mit dem existenzbedrohenden Kahlschlag bei der Ersatzschulfinanzierung, gravierenden Einschnitten zulasten der Weiterbildung oder der Leseförderung an öffentlichen Bibliotheken wird die Behauptung der Landesregierung, im Bildungsbereich werde nicht gespart, zur puren Farce.

Ursprünglich sollten Regierungserklärungen zufolge 6.100 zusätzliche Lehrerstellen bis 2005 den Anstieg der Schülerzahlen auffangen und darüber hinaus auch neue Unterrichtsangebote ermöglichen. Außerdem wurden von Ihnen substantielle Verbesserungen für zahlreiche Lehrer in Aussicht gestellt. Heute wissen wir: Das einzig Verlässliche am Stufenplan ist der Umstand, dass dieser verlässlich unterfinanziert ist.

Die so genannte offene Ganztagschule ist die einzige Schule ohne Lehrer in diesem Land. PISA erfordert aber mehr individuelle Förderung für mehr Schüler. PISA erfordert zusätzliche Nachmittagsangebote, um frühzeitig schulische Defizite zu beheben und Spitzenleistungen zu fördern. Dies kann mit Billigangeboten reiner Beaufsichtigung nicht geschehen.

Wir brauchen auch Elitebildung an unseren Schulen. Spitzenleistungen und geistige Elite dürfen für uns alle hier im Hause kein Schimpfwort mehr sein. Damit wir Elitebildung tatsächlich ermöglichen, brauchen wir aber eine Breitenförderung am Start, um alle Potenziale zu erkennen und zu fördern, und nicht eine einzige Schaufensterveranstaltung "Elitehochschule" am Ziel, das viel zu wenige ansonsten erreichen werden.

Sie wären gut beraten gewesen, hätten Sie bereits vor Jahren dem Unterrichtssicherungsgesetz der FDP zugestimmt. Unser Land braucht zur Behebung der allergrößten Bildungsdefizite 8.000 neue Lehrer, kleinere Klassen und mehr Unterricht. Die Lehrerbildung muss Ausbildungszwecken dienen und nicht dem Ersatz von 1.500 Planstellen im Landeshaushalt. Wir brauchen eine verlässliche Vertretungsreserve an jeder einzelnen Schule, um dem Stundenausfall nachhaltig entgegenzuwirken.

Wir brauchen auch den Mut dieser Landesregierung, Frau Ministerin Schäfer, die Zahlen des Stundenausfalls transparent zu publizieren. In Selbsthilfeforen wie www.unterrichtsausfall.com schließen sich Eltern neuerdings zusammen, um die Fehlzeiten an unseren Schulen für die Öffentlichkeit zu dokumentieren, frei nach dem Motto:

Geteiltes Leid ist halbes Leid. Aber es verbessert sich nichts in unserem Land. Wovor haben Sie also Angst? Veröffentlichen Sie die tatsächliche Unterrichtsverteilung und ein Schul-Ranking! Dann sehen wir, wo dieses Bundesland bildungspolitisch tatsächlich steht.

Immer mehr junge Menschen in diesem Land finden keine Ausbildungsstelle, da sie so elementare Bildungsdefizite haben, dass ihnen die Ausbildungsreife fehlt. Herr Minister Schartau hat deshalb in seiner Verantwortung die Betriebe im Sommer letzten Jahres angeschrieben und ihnen ein Signal gegeben. Er hat eingeräumt, dass es aus Arbeitgebersicht berechnete schulische Defizite gibt und gesagt: Wir arbeiten daran, dass wir besser werden, damit es zukünftig weniger Beanstandungen aus der Wirtschaft gibt, was die Ausbildungsreife betrifft.

Uns fehlt hier das nötige Konzept. Mehr Bildung für alle ist die beste Politik für Chancengerechtigkeit und eine Politik sozialer Mobilität und Förderung, die diesen Namen auch verdient.

Durch Ihren erneuten Wortbruch bei der Weiterbildung werden sich schon bald gerade diejenigen die Kursangebote nicht mehr leisten können, die die eigentliche Zielgruppe der Förderangebote sind. Dabei wird lebenslanges Lernen immer wichtiger. Wie eine Monstranz haben Sie das Weiterbildungsgesetz die letzten Jahre vor sich hergetragen. Alle Regierungsmitglieder haben gesagt: Bitte haben Sie Verständnis für andere Haushaltskürzungen, aber zu den gesetzlichen Zusagen bis 2005 stehen wir. Heute wissen wir, wie wenig das versprochene Wort noch Wert ist, wenn es jenseits von Sonntagsreden um tatsächliche politische Entscheidungen geht.

Wenn Sie heute sagen, die Mehrbelastungen für die Privatschulen wird es nur in einem einzigen Haushalt geben, dann nur deshalb, weil sich die Regierung nicht mehr die Mehrheit nach der nächsten Landtagswahl zutraut. Ansonsten ist es bei jedem Punkt Ihrer Kürzungen im Bildungsbe-
reich so gewesen: War der Dammbruch einmal da, ist er in keinem der folgenden Haushalte wieder aufgefangen worden.

Deshalb appelliere ich zum Schluss noch einmal an Sie: Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie den perspektivischen Haushaltsanträgen der FDP für einen neuen Masterplan "Bildung für NRW" zu! Die Anträge sind seriös und bereits seit Wochen im Verfahren in den Ausschussberatungen. Nichts ist daran neu, nichts ist daran hektisch. Alles entspricht den jahrelangen Leitlinien unserer Politik.

Steuern Sie endlich um, setzen Sie auf Zukunft, und kürzen Sie Subventionen der Vergangenheit! Trennen Sie sich von öffentlichen Verlustunternehmen wie der WestLB, damit Privatschulen wieder erfolgreich arbeiten können!

(Unruhe - Glocke)

Bauen Sie Personal in der Mangelverwaltung der Bildungsbürokratie ab und ermöglichen Sie jungen Menschen wieder ein Recht auf Unterricht! Geben Sie die Regierung ab, überlassen Sie uns von der Opposition die Gestaltung eines perspektivischen Zukunftshaushaltes, der diesen Namen auch verdient! Millionen von besorgten Schülern, Eltern und Lehrern in diesem Land werden es Ihnen danken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Witzel. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Löhrmann, Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Allen Unkenrufen zum Trotz können wir feststellen, dass Schule in diesem Landeshaushalt hohe Priorität genießt. Die Regierungsfractionen haben trotz der schwierigen Haushaltslage im "Düsseldorfer Signal" noch einmal bekräftigt, dass das so bleibt. Sie haben allerdings - um das gleich am Anfang zu sagen - aufgrund der Haushaltslage eine Präzisierung vorgenommen. Wir haben nämlich einschränkend gesagt, dass die Unterrichtsversorgung, die Sicherung und der Ausbau des Ganztags in diesem Haushalt eindeutig und ungeschmälert Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen bewusst - wissend, dass wir das nicht insgesamt durchhalten können - nicht mehr von Bildung allgemein, weil zu Bildung viel mehr gehört: nicht nur der vorschulische Bereich, der Weiterbildungsbereich oder die Hochschule, sondern auch musische Bildung, kulturelle Bildung und vieles mehr. Das muss man der Ehrlichkeit halber dazu sagen. Wir Grünen stehen dafür, das so ehrlich zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotzdem kann sich dieser Schul- und Weiterbildungsetat sehen lassen. Wir setzen diese Priorität, weil wir wissen, dass Investitionen in diesem Bereich richtig sind, dass Bildung und Schule das Fundament und die erste institutionelle Verpflichtung sind, den Schlüssel für den Erfolg der kom-

menden Generation und der gesamten Gesellschaft zu legen.

Ja, meine Damen und Herren, auch das räume ich ein: Wir haben die Unterrichtsverpflichtung für einen Großteil der Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde erhöht. Angesichts der Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die wir kennen, ist das ein problematischer Punkt. Auch das räume ich ein.

Aber jenseits der fiskalischen Notwendigkeiten hätten wir ohne die Pflichtstundenerhöhung die vielen anstehenden Pensionierungen bei der geringen Zahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen gar nicht ausgleichen können. Stellen wären unbesetzt geblieben. Unterrichtsausfall, den wir alle nicht wollen, wäre die Folge. Und im Gegensatz, Herr Witzel, zu vielen anderen Bundesländern, die sich ebenfalls gezwungen sehen, die Stundenzahl zu erhöhen - Hessen ist das prominenteste schlechte Beispiel -, sparen wir durch die Stundenerhöhung keine existierende Stelle ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle in Nordrhein-Westfalen frei werdenden Stellen werden wieder besetzt. Bei uns haben alle Lehramtsanwärterinnen und -anwärter eine Chance, eingestellt zu werden, und wir können auch solche aus anderen Bundesländern gut gebrauchen, weil wir trotz der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zusätzliche Stellen ausweisen und schaffen. Das ist Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Eines noch zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung: Die Panikmache der Opposition vor größeren Klassen grenzt fast an Volksverdummung. Ich will der CDU zugute halten, in der Schule beim Rechnen nicht aufgepasst zu haben. Dasselbe durch die Lehrkräfte erbrachte Unterrichtsvolumen bei gleicher Stundentafel ergibt die gleiche Klassengröße. Die Frage der Schüler-Lehrer-Relation hat nichts mit der Klassengröße und der Größe von Lerngruppen zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ralf Witzel [FDP]:
Aber mit der Betreuungsrelation!)

Schade, dass Sie diese falschen Behauptungen wider besseres Wissens immer weiter im Lande - es ist in mehreren Schulausschusssitzungen dargestellt worden - aufstellen. Offenbar haben Sie keine guten Argumente, meine Damen und Herren von der Opposition.

In den Bereichen, wo es unvorhergesehen aufgrund steigender Schülerzahlen brennt - zu nennen sind die Sonderschulen und vor allem die Be-

rufskollegs -, lassen wir die Schulen nicht im Regen stehen und schaffen trotz schwieriger Haushaltslage 1.000 zusätzliche Stellen. Auch das nenne ich Priorität für Schule in schwieriger Zeit.

Englisch in der Grundschule - ein Anliegen, das alle hier im Landtag vertretenen Parteien teilen - wird, wie im Stufenplan "Verlässliche Schule" verabredet, ausgebaut. Mit dem Haushalt 2004 schaffen wir für diesen Ausbau die zweite Tranche von 640 zusätzlichen Stellen. Und wir haben 350 zusätzliche Stellen eingestellt, um die Schulleitungen in allen Schulformen zu entlasten. Auch das ist Priorität für Bildung und Anerkennung der wichtigen und steigenden Aufgaben von Schulleitungen in der Umorganisation von Schule bei neuen auf sie zukommenden Aufgaben.

Meine Damen und Herren, auf einen Bereich möchte ich hinweisen, obwohl er nicht direkt ins Auge fällt: Das sind die 50 Stellen, die neu geschaffen sind und auf deren Schaffung wir Grünen besonders stolz sind. Wir schaffen es, den gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I auszubauen und unser Versprechen im Koalitionsvertrag zu erfüllen, endlich in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein qualifiziertes Angebot in der Sekundarstufe I für gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern zu schaffen. Hiermit sind Perspektiven für viele Kinder geschaffen, die in der Grundschule jetzt gemeinsam lernen und diese Möglichkeit zukünftig auch in der Sekundarstufe I haben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie von der Opposition zumindest das anerkennen, zumal Sie beim Gleichstellungsgesetz für Behinderte hier so getan haben, als hielten wir unsere inhaltlichen Versprechen nicht ein. Das Gegenteil ist richtig.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition nimmt sich neuer gesellschaftlicher Herausforderungen an. Damit komme ich zu einem Bereich des Haushalts, den ich besonders wichtig finde. Das ist die Erhöhung der Mittel für Ganztagsangebote, und zwar insbesondere für die offene Ganztagsschule im Primarbereich. Hier steigen die Mittel von 53 Millionen € in diesem Jahr auf 62 Millionen € in 2004 und auf 75,5 Millionen € in 2005. Darüber hinaus stellen wir pro Jahr 170 zusätzliche Stellen an den offenen Ganztagsschulen zur Verfügung.

Ich habe den Anträgen der CDU-Fraktion entnommen, dass sie weiter auf die herkömmliche Ganztagsschule und den 20%igen Stellenzuschlag setzt. Abgesehen davon, dass das Ziel der Regierungsfaktionen, durch eine verlässliche Ganztagsbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, durch einen 20%igen

Stellenzuschlag nicht erreicht werden kann, hat die CDU die Zeichen der Zeit offensichtlich noch nicht erkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder und Jugendliche brauchen mehr als Unterricht und brauchen mehr als die herkömmliche Schule.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Bildung ist mehr als Schule, und Schule ist heute mehr als Unterricht. Auch das zeigen die internationalen Studien. Damit wollen Sie sich einfach nicht auseinander setzen. Wir setzen bewusst auf die Kooperation mit der Jugendhilfe und die Öffnung der Schulen in die Gesellschaft. Im Ganztags brauchen wir auch pädagogisches Personal, das anders an die Kinder herangeht und einen anderen Bildungsauftrag hat. Das dauernde Rufen nur nach neuen Lehrkräften in der Ganztagschule ist nichts anderes als eine Misstrauenserklärung an die Jugendhilfe, und da machen wir von Rot-Grün nicht mit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das werden wir auch immer wieder sagen.

Noch zum Thema Öffnung von Schule: Bei den Beratungen im Ausschuss haben wir als Grüne ja wieder ein kleines Kleinod geschaffen, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der SPD: die Gestaltung und Öffnung von Schule. 300.000 € sind wahrlich eine kleine Summe. Aber es ist eine kleine Summe mit großer Wirkung. Das ist ein Projekt, bei dem es nicht um "diskriminierende" Tatbestände geht, wie Herr Witzel das eben gesagt hat, sondern da geht es um Bereitstellung von Mitteln, die die Schulen öffnen und durch die Kinder und Jugendliche z. B. ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement lernen. Wir lesen doch jeden Tag in der Zeitung, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche das früh erfahren, damit sie das, was sie in der Schule erleben, in die Gesellschaft zurückgeben.

Meine Damen und Herren, die Ersatzschulfinanzierung hat uns alle in den vergangenen Wochen und auch heute wieder natürlich sehr beschäftigt. Ich will nicht verschweigen, dass wir von Anfang an über den Vorschlag der Landesregierung nicht besonders erfreut waren. Deshalb haben wir auch von Anfang an dafür gekämpft, hier Verbesserungen vorzunehmen. Vor allem die Ersatzsonderschulen wären durch die Erhöhung vor nicht zu bewältigende Schwierigkeiten gestellt worden. Deshalb haben wir uns dafür ausgesprochen, diese Schulen, die durch unsere Ersatzschulfinanzierung strukturell anders gestellt sind, von der Er-

höhung komplett auszunehmen. Das ist zum Glück auch gelungen.

Auch für die anderen Ersatzschulen konnte mit der einmaligen Erhöhung in 2005 um 1,5 %, und zwar befristet auf dieses eine Jahr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf eine wesentliche Verbesserung erreicht werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Das glaubt Ihnen doch niemand!)

- Das ist gesetzlich festgelegt, und das werden wir hier gesetzlich beschließen. Da braucht keiner nach einer Landtagswahl irgendetwas anderes vorzunehmen. Das machen wir hier mit diesem Haushalt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Summen für die Ersatzschulfinanzierung in diesem und auch im nächsten Jahr sehr wohl steigen und fast 1 Milliarde € erreichen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Auch das muss man hier deutlich zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum Schulbereich muss die Weiterbildung mit den veranschlagten 15%igen Kürzungen schmerzlich Federn lassen. Ich räume ein, dass wir mit diesen Kürzungen unsere Zusagen, die wir im Rahmen der Novellierung des Weiterbildungsgesetzes hinsichtlich der finanziellen Ausstattung gegeben haben, nicht halten können. Das liegt nicht, wie zumindest alle Träger wissen, am bösen Willen oder daran, dass man die Weiterbildung für nicht mehr so wichtig hält. Schuld ist allein die desolate Haushaltslage.

Nichtsdestotrotz hat Rot-Grün auch im Bereich der Weiterbildung kleine Akzente setzen können. Mit dem Sondertopf im Umfang von 5 Millionen € sichern wir die Kurse an Volkshochschulen, die auf diesem Weg zum Schulabschluss führen, weil wir wissen, dass hier viele Menschen die letzte Kurve in ein für sie befriedigendes Berufsleben bekommen. Wir konnten besondere Härten abfedern, die der Haushaltsentwurf etwa für die Landesorganisation der Weiterbildungsträger und für die politischen Stiftungen vorgesehen hatte.

Bei der Weiterbildung bleibt für die Regierungsfractionen viel zu tun. Herr Degen hat darauf hingewiesen, dass wir dazu noch eine Entschließung einbringen werden. Wir als Grüne werden uns im kommenden Jahr sehr intensiv mit diesem Thema auseinander setzen, weil wir eine gute und wichtige Weiterbildung in einem Zeitalter, in dem le-

bensbegleitendes Lernen immer wichtiger wird, für unverzichtbar halten.

Meine Damen und Herren, ich denke, ich konnte deutlich machen, dass wir die Priorität für Schule und Weiterbildung ernst nehmen. In einer Zeit, in der fast alle Bereiche schmerzhaft Kürzungen hinnehmen müssen, kommt dieser Bereich sehr gut weg. Mein Dank an die anderen Ressorts und die anderen Beteiligten, die zugestanden haben, dass der Unterrichtsversorgung und dem Ganztag hohe Priorität zukommen, die wir in Nordrhein-Westfalen für die Kinder in unseren Schulen aufrechterhalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Das Wort hat die Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, Frau Schäfer. Bitte schön.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kennen das Ritual: Wir stellen Ihnen einen Etat vor, mit dem wir eindeutige Prioritäten im Bereich der Bildung setzen, wir verstärken unsere Anstrengungen durch die Einrichtung zusätzlicher Lehrerstellen und die Bereitstellung weiterer Mittel, und die Opposition fordert reflexartig noch mehr Stellen und noch mehr Mittel. Sie scheut sich aber nicht, der Landesregierung gleichzeitig die Schuldenentwicklung vorzuhalten und sie zu mehr Sparsamkeit aufzufordern.

(Edgar Moron [SPD]: Das wollen die beides zur gleichen Zeit!)

Sie wollen also von allem mehr, nämlich mehr ausgeben und mehr sparen. Das müssen Sie der Öffentlichkeit bitte einmal erklären. Ich finde das ausgesprochen unredlich und unseriös.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wissen, dass sich alle öffentlichen Haushalte in einer schweren Finanzkrise befinden. Umso mehr weiß ich es zu würdigen, welchen finanziellen Kraftakt die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 2004/2005 für die Kinder und Jugendlichen in unserem Land unternimmt. Bei einem in 2004 und 2005 marginal steigenden Gesamtetat haben wir deutliche Steigerungsraten des Einzelplans für Schule, Jugend und Kinder erreicht. Wir machen mit der Prioritätensetzung auf die Bildung Ernst; denn das Volumen unseres Einzelplanes steigt um eine halbe Milliarde Euro.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

Ich bedanke mich bei allen anderen Fachressorts und bei den Koalitionsfraktionen für diese Unterstützung ausdrücklich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen sichern wir die Unterrichtsversorgung auf einem hohen Niveau. Wir schaffen nämlich zusätzliche Lehrerstellen und wir flexibilisieren den Mitteleinsatz, wie es uns eine Unternehmensberatung empfohlen hat und wie wir es seit Jahren erfolgreich praktizieren. Allerdings gestehe ich gerne zu - auch das ist gesagt worden und ich will es nicht wegdiskutieren -, dass wir auch einen Beitrag der Lehrerinnen und Lehrer in Form einer zusätzlichen Pflichtstunde einfordern wollen, um damit die Unterrichtsversorgung sichern zu können.

Zum 1. August 2004 weist der Haushalt 144.790 Lehrerstellen für den Unterricht aus. Das sind 1.000 Stellen mehr als in 2003. Das bleibt auch nach dem 1. August so - suggerieren Sie bitte nichts anderes! Mit der einen Unterrichtsstunde, die die Lehrer und Lehrerinnen ab dem 1. Februar 2004 zusätzlich erteilen, steht den Schulen ein zusätzliches Volumen im Wert von insgesamt 5.000 Stellen zur Verfügung. Wer das Sparen zu lasten der Schulen nennt, der mag mir das wirklich einmal erklären.

Wie wirkliches Sparen bei den Schulen aussieht, das können Sie in Hessen lernen. Dort werden 1.000 Lehrerstellen gestrichen. Meine Damen und Herren von der Opposition, ich empfehle Ihnen, dass Sie Ihre Reden in Hessen halten. Herr Koch kann Ihren Rat sicherlich gut gebrauchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Recker, Sie heben darauf ab, dass wir nach PISA nicht reagiert und nichts getan haben. Ich möchte hier das Gegenteil noch einmal ganz deutlich unterstreichen. Wir haben ein Programm aufgelegt, mit dem wir vor allen Dingen unser primäres Ziel, früh und erfolgreich zu starten, verfolgen. Als erstes Bundesland in Deutschland haben wir mit allen Trägern einen Bildungsauftrag der Kindergärten verabredet.

Daneben haben wir ein Schulfähigkeitsprofil für Fachkräfte in Kindergarten und Schule entwickelt, das fachlich hoch anerkannt ist. Daneben haben wir die Anmeldetermine zu den Grundschulen vorgezogen, um die Sprachentwicklung der jeweiligen Kinder frühzeitig feststellen zu können, und wir haben im Etat die Sprachförderung auf 7,5 Millionen € angehoben, sodass wir jetzt alle Sprachkurse einrichten können. Die Kinder wer-

den verpflichtet, dorthin zu gehen, wenn ein Defizit vorhanden ist. Es ist also nicht so, dass das auf freiwilliger Basis geschieht, wie Sie fälschlicherweise gesagt haben. Wir haben dafür gesorgt, dass die nötigen Mittel vorhanden sind, damit sie teilnehmen können.

Schließlich richten wir im Jahre 2005 die flexible Schuleingangsphase ein, um die individuelle Förderung von Kindern zu verstärken. - Das sind unsere Maßnahmen im Elementar- und Primarbereich.

Ich komme zur offenen Ganztagsgrundschule, unser wirklich ehrgeiziges Projekt der Zusammenführung von Schule und Jugendhilfe. Frau Löhrmann hat skizziert, dass wir die Ansätze in den kommenden Haushaltsjahren steigern, und zwar von 53,5 Millionen Euro auf 62,8 Millionen Euro in 2004 und auf 75,5 Millionen Euro in 2005. Dadurch können insgesamt 340 zusätzliche Lehrerstellen eingerichtet werden. Inklusiv dem, was wir jetzt schon erreicht haben, schaffen wir damit also ein zusätzliches Volumen von 440 neuen Stellen für die offenen Ganztagsgrundschulen.

Ich freue mich ausdrücklich, dass es über alle Parteigrenzen hinweg möglich war, diese Schulform in der Fläche zu etablieren. Diese Schulform - das haben kluge Bürgermeister erkannt - ist ein Standortfaktor für die Kommunen, weil durch sie den Familien eine deutliche Unterstützung signalisiert wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie schauen immer auf die bei PISA erfolgreichen Länder. Das tun wir auch. Diese erfolgreichen Länder führen genau das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule durch, welches wir jetzt ebenfalls einführen wollen. Den Besuch dieser Ganztagsgrundschulen wollen wir bis zum Jahre 2007 200.000 Kindern in Nordrhein-Westfalen ermöglichen. Wir wollen weg vom Zweiklassensystem und nicht nur den 30.000 Eltern, deren Kinder in den Horten sind, ein Angebot machen, sondern wir wollen auch den 770.000 Eltern, deren Kinder in der Grundschule sind, ein Angebot offerieren. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen wundere ich mich darüber, dass Sie sagen, wir würden im Bereich der Hauptschule gar nichts tun. Ich möchte anhand einiger Zahlen deutlich machen, dass das anders ist. Wir haben die beste Schuler-Lehrer-Relation in der Hauptschule, wir haben die kleinsten Klassen in der Sekundarstufe I in der Hauptschule, wir haben 370 zusätzliche Lehrerstellen in den Klassen 5 und 6

für die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch geschaffen, und wir haben der Hauptschule 250 Sozialpädagogen zur Unterstützung bei der Erfüllung des Erziehungsauftrages gegeben. Wenn das nichts ist, dann weiß ich nicht, was wir hier versäumt haben sollten. Wir unternehmen enorme Anstrengungen.

Wir steuern unser System in den Schulen um, gehen zur Ergebnissteuerung über und erstellen Kernlehrpläne. In diesen Kernlehrplänen greifen wir die Bildungsstandards auf, die national verabredet worden sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Sie sprechen hier von Einheitssoße. Damit watschen Sie Ihre Kollegen in den B-Ländern ab. Wir haben uns national darauf verständigt, das einzuführen. Wir in Nordrhein-Westfalen setzen das um und starten in diesem Jahr mit Lernstandserhebungen bei 400.000 Schülern in den Klassen 4 und 9 zur Erhöhung der Transparenz, zur Kontrolle dessen, was in unseren Schulen erreicht wurde, und zur Vorbereitung der Förderung der Kinder in diesen Jahrgangsstufen. Ich finde, das ist eine sehr gute Reaktion auf PISA. Die Schulen sind darauf vorbereitet. Nachdem wir die Förderung vorbereitet haben, wollen wir im Jahre 2006 eine teilszentrale Abschlussprüfung am Ende der Pflichtschulzeit einführen.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Ersatzschulfinanzierung sagen. Ich respektiere es sehr, dass sich die Träger der Ersatzschulen deutlich zu Wort melden und die Finanzierung des Landes kritisch betrachten. Ich erwarte aber, dass auch in einer hitzigen Diskussion, wie wir sie gerade heute wieder erfahren, der Boden der Sachlichkeit nicht verlassen wird. Die Fakten müssen im Auge behalten werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es steht außer Frage, dass die Ersatzschulen ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil der nordrhein-westfälischen Bildungslandschaft sind. Genauso ist es Fakt, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Menge dafür tun, diese Schulen zu unterstützen, und in den kommenden Haushalten den Ansatz von jetzt 939 Millionen € auf 962 Millionen € steigern werden. Es dürfte in Ordnung sein, den einmaligen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 15 Millionen € einfordern zu dürfen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lassen Sie mich ausreden! - Es bleibt bei der Einmaligkeit, weil wir selbstverständlich verfassungskonform handeln müssen. Das tun wir. Wir

haben uns im Übrigen davon überzeugt, dass das einmalig so möglich ist.

Ich darf das Katholische Büro als unverdächtigen Zeugen zitieren, das in seiner Stellungnahme zum Haushaltsbegleitgesetz vom 15. Dezember 2003 festgestellt hat, dass Nordrhein-Westfalen mit seiner Ersatzschulfinanzierung im Ländervergleich im oberen Drittel liegt. Angesichts dessen empfinde ich 15 Millionen € von 962 Millionen € als vertretbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe einige Punkte skizziert und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Der Kollege Schartau wird jetzt noch zum Weiterbildungsbereich Stellung nehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Harald Schartau.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Weiterbildung wird immer mehr zur Schlüsselgröße für Beschäftigungsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Weiterbildung bleibt daher öffentlicher Auftrag. Zugleich ist aber jeder Einzelne von uns gefordert, der gestiegenen Bedeutung der Weiterbildung für die eigene Lebensführung mit mehr Eigenverantwortung zu begegnen.

Wenn also für die Weiterbildung in den nächsten beiden Jahren weniger Haushaltsmittel veranschlagt werden, drückt sich darin der notwendige Konsolidierungsbeitrag jedes einzelnen Politikbereiches aus. Ganz unabhängig davon erscheint es gerechtfertigt, über neue Finanzierungsinstrumente und -modalitäten nachzudenken.

Jede betroffene Einrichtung der Weiterbildung kann den Ausgleich des Minderbetrags selber gestalten, indem sie entscheidet, wie sie die Einsparungen kompensiert. Dazu kann die stärkere Einwerbung von Drittmitteln gehören oder eine Erhöhung des Trägeranteils wie auch eine moderate Anhebung der Teilnahmebeiträge.

Es entspricht der wachsenden Bedeutung von Weiterbildung, wenn Bildung und Weiterbildung für die Unternehmen und jeden Einzelnen/jede Einzelne von uns immer wichtiger werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir bereit sein, mehr vom eigenen oder vom Firmenbudget zu investieren. Auch das gehört zu einer gestiegenen Verantwortung.

Die Förderung des Landes über Projektmittel kann immer nur ein ergänzender Beitrag sein. Die Existenz von Einrichtungen kann das Land weder mit den Mitteln des Weiterbildungsgesetzes noch über Projektgelder sichern. Lassen Sie es mich deutlich sagen: Das Land ist nicht Träger der Weiterbildung, sondern ihr Partner.

Im Haushalt der Landeszentrale für politische Bildung haben sich durch die Ausschussberatungen gegenüber der Regierungsvorlage zwei Veränderungen ergeben:

Erstens. Die Mittel für die politische Bildungsarbeit, der politischen Stiftungen und der anderen Träger im Land werden - erstens - so angehoben, dass die Kürzung bei diesen beiden Titeln 15 % ausmacht, also ebenso viel, wie es für die Mittel des Weiterbildungsgesetzes der Fall ist. Ich habe die Hoffnung, dass die Stiftungen und anderen Einrichtungen ihre wertvolle Arbeit trotz dieser Einschränkungen weiterführen können.

Zweitens. Für die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung können trotz der äußerst angespannten Haushaltslage die Sachmittel für 2004/2005 überrollt werden. Damit kann die Landeszentrale auch in Zukunft mit der Durchführung eigener Tagungen, der Produktion, dem Ankauf sowie der Verteilung und Verbreitung von Publikationen und audiovisuellen Arbeitsmitteln wichtige Akzente in der politischen Bildungsarbeit setzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen zum Bereich 1 liegen mir nicht vor.

Ich weise darauf hin, dass wir über den Einzelplan 05 wie verabredet erst im Anschluss an den Bereich 2, der jetzt folgen wird, sowie den Einzelplan 15 nach der Diskussion über den Bereich 4 - Arbeit - abstimmen werden.

Ich rufe den **Bereich 2** auf:

Kinder, Jugend und Familie

Angesprochen sind der Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder - sowie der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4805 und 13/4811 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 13/4920 und 13/4921 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen

Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und des Abgeordneten Karsli bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Budschun **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, nunmehr rufe ich **Bereich 3** auf:

Wirtschaft und Energie

Damit sind Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit - und Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4815 und 13/4808 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4916 und 13/4917.

Ich eröffne die Beratungen und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftshaushalt steht in diesem Jahr zum ersten Mal nicht am Beginn der Etatdebatte. Den Beratungsgang wird das nicht beeinflussen. Die Umstellung signalisiert aber ein verändertes Grundverständnis.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Für diese Koalition sind Wirtschaft und Finanzen offenbar nicht länger Alpha und Omega der Landespolitik. Dieser Koalition ist das Bewusstsein abhanden gekommen, dass die Wirtschaft Steuern erst erarbeiten muss, ehe der Finanzminister sie verteilen kann.

Meine Damen und Herren, ohne die sprudelnden Steuerquellen einer florierenden Wirtschaft gibt es keine Schulen, keine sozialen Einrichtungen, keine innere Sicherheit und keine Straßen. Am Ende des Geldes gibt es gar keinen Staat mehr. Der unbestechliche Gradmesser für den Erfolg oder das Scheitern einer Regierung ist deshalb das Ergebnis ihrer Wirtschaftspolitik.

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", heißt es bei Matthäus 7, 16. Und wer ehrlich ist, der muss zugeben, dass die Früchte der Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung samt und sonders faul sind.

Stichwort "Beschäftigung": Im Schnitt des letzten Jahres waren 880.000 Menschen ohne Job. Zusätzlich wurden 66.000 ältere Arbeitslose benötigt, sich aus der Statistik wegzu erklären. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist von 34 auf 38 % ge-

stiegen. Wir verzeichnen einen Negativrekord bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Jugendarbeitslosigkeit wächst. Zum Jahresende 2003 gab es 26 % weniger offene Stellen als ein Jahr zuvor.

Die schreckliche Wahrheit, das ganze Elend des Arbeitsmarktes, wird Ihnen Kollege Arentz gleich sehr plastisch vor Augen führen.

Stichwort „Wachstum“: Von Wirtschaftswachstum keine Spur. Ganz im Gegenteil! Nordrhein-Westfalen befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt bleibt erneut weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Stichwort „Unternehmenskrise“: Die Pleitewelle erreicht eine Rekordmarke nach der anderen. 10.000 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2003 haben mehr als 60.000 Arbeitsplätze dauerhaft vernichtet.

Stichwort „Investitionen“: Die Investitionen versiegen. Das Land geht mit besonders schlechtem Beispiel voran. Seit die Sozialdemokraten an der Regierung sind, sank die Investitionsquote von 26 % auf weniger als 8 %. Das Schlimme daran: Jede fehlende Investitionsmilliarde kostet rund 20.000 Arbeitsplätze - leider vor allem in der gebeutelten Bauwirtschaft.

Zusammengefasst: Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland Letzter, wo wir Erster sein sollten, und Erster, wo wir Letzter sein müssten. Diese Bilanz der Unfähigkeit kann selbst eine Millionen teure Imagekampagne der Staatskanzlei nicht aus der Welt schaffen. Was Nordrhein-Westfalen braucht, sind neue Konzepte, keine bunten Hochglanzbroschüren.

Sparen allein, meine Damen und Herren, reicht einfach nicht, um diesen durch und durch maroden Haushalt zu sanieren. Wir brauchen vor allem mehr Steuereinnahmen: nicht höhere Steuern, sondern mehr Unternehmen und mehr Menschen, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs mehr Steuern zahlen. Doch die werden wir nicht bekommen ohne neue Konzepte für Wachstum und Beschäftigung.

Von neuen Konzepten, von einer regionalisierten, von einer gleichsam „abteilungsweisen“ Wachstumssteuerung des Landes, wie sie ein Unternehmen in der Krise vornehmen würde, ist weit und breit leider nichts zu sehen. Im Gegenteil: Der Wirtschaftshaushalt ist verkommen zu einem Sammelsurium unterschiedlichster Bausteine und damit zu einer Abraumhalde, aus der sich andere Ressorts nach Belieben bedienen.

Heute beraten wir den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode und, wenn die Auguren Recht behalten, sogar den letzten Haushalt dieser Koalition. Da drängt sich neben der politischen Bewertung auch eine Bilanzierung in Euro und Cent auf, die deutlich macht, warum Nordrhein-Westfalen im Länderranking ständig zurückfällt.

Der Landeshaushalt ist in dieser Wahlperiode insgesamt leicht gewachsen. Der Wirtschaftshaushalt dagegen wurde über die ganze Periode betrachtet von Rot-Grün um 24 % reduziert.

Meine Damen und Herrn, das kann einfach nicht gut gehen. Auch Sie müssten doch wissen, dass es noch niemand geschafft hat, eine Kuh auf Erden zu melken und im Himmel zu füttern. Aber genau das versucht diese Landesregierung - planlos, ziellos und deshalb auch erfolglos.

Der Ansatz für Außenwirtschaft und Messen wurde um 42 % gekürzt, obwohl Nordrhein-Westfalen dringend seine Exportschwäche überwinden müsste.

Für die Förderung des Mittelstands gibt es ein neues Gesetz, aber 47 % weniger Bares als im Jahr 2000. Nebenbei bemerkt, dieses Gesetz hätten Sie sich schenken können, wenn es schon bei der ersten Bewährungsprobe missachtet wird. Wer kam nur auf den Einfall, ausgerechnet durch Frau Höhn und ihre Gutachter die Daten für die Mittelstandsverträglichkeit der „Wassersteuer“ ermitteln zu lassen. Im Vergleich dazu ist doch der Bock ein Gärtner mit „grünem Daumen“.

Die Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sinken in der Wahlperiode um 57,8 %. Das erfolgreichste Programm zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Meistergründungsprämie, schrumpft seit dem Jahr 2000 um 66 %. Die Gründung neuer Unternehmen, die wir angesichts der Pleitewelle dringender brauchen denn je, ist mit 82 % weniger dotiert und die Förderung von Beteiligungskapital, das vor dem Hintergrund von Basel II für den Mittelstand und für Gründer immer wichtiger wird, ist ganz gestrichen.

Meine Bewertung kann Sie deshalb nicht überraschen, Herr Minister: Das ist kein Wirtschaftsetat, das ist ein Ideenfriedhof. Wenn Sie ein richtiger Wirtschaftsminister wären, würden Sie sich für diesen Zahlensalat in Grund und Boden schämen. In dieser Verfassung kann der Wirtschaftshaushalt auch nicht den kleinsten Beitrag leisten, um die Probleme im Land zu überwinden.

Eines dieser Probleme ist die Nachfolgesicherung im Handwerk. Uns fehlen in den nächsten Jahren 20.000 Betriebsnachfolger. Damit sind wenigstens

120.000 Arbeitsplätze akut in Gefahr. Dabei ist die Reserve an ausgebildeten Meistern groß genug. Doch viel zu wenige wagen den Schritt in die Selbstständigkeit, weil ihnen die finanzielle Grundlage fehlt. Deshalb haben wir schon Mitte der 90er-Jahre fraktionsübergreifend die Meistergründungsprämie eingeführt. Sie ist seitdem ein Kernstück der Wirtschaftsförderung unseres Landes und ein besonders erfolgreiches Instrument zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Seit 1995 wurden über 8.500 Existenzgründer mit je 10.000 € unterstützt. Sie haben 45.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Für diesen Rekord wurden nicht mehr als 1.900 € je Arbeitsplatz eingesetzt. Das Programm ist damit an Effizienz nicht zu überbieten. Und dennoch läuft es jetzt Gefahr, Herr Minister, von Ihnen ruiniert zu werden.

Gleicher Kürzungsschnitt für alle Förderprogramme in Ehren, aber die Logik der Gleichmäßigkeit entbehrt jeder ökonomischen Vernunft. Wo wirklich Arbeitsplätze entstehen, da muss man auf dem Gas bleiben und nicht bremsen. Schon im Vorjahr haben Sie Brems- und Gaspedal verwechselt, als Sie die Meistergründungsprämie um 56 % kappen ließen. Jetzt wollten Sie das Crashmanöver wiederholen und das Erfolgsprogramm noch einmal um 24 % kürzen. Zum Glück, muss ich sagen, sind Ihnen selbst die Koalitionsfraktionen da nicht mehr gefolgt.

Doch selbst mit dem Ansatz des Vorjahres sind die Probleme nicht aus der Welt. Eine kurze Kontrollrechnung zeigt, dass mit den veranschlagten Haushaltsmitteln in diesem Jahr lediglich 460 und im kommenden Jahr nur noch 430 Meisterexistenzen gefördert werden können - einschließlich der Verpflichtungsermächtigung. Bisher wurden im langjährigen Schnitt aber 1.000 Meisterprämien pro Jahr vergeben. Diesen Standard gilt es im Interesse des Arbeitsmarktes, der Verbraucher und auch des Finanzministers, der ja viele gute Steuerzahler braucht, unbedingt zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb beantragt, die Mittel der Titelgruppe 64 im Kapitel 15 300 für beide Haushaltsjahre auf jeweils 10 Millionen € aufzustocken. Sie haben das im Fachausschuss abgelehnt. - Das entspricht dem Schnitt der Jahre vor Ihrer Kürzungssorgie. Und es wäre ausreichend für 1.000 Gründungen, die jährlich möglich und auch nötig sind.

Gestatten Sie mir zu dieser Haushaltsstelle noch einen ganz formalen Hinweis: In der Änderungsvorlage, die dem Haushalts- und Finanzaus-

schuss zugeleitet wurde, sind die bisherigen Ansätze für die Jahre 2004 und 2005 offenbar verdreht. Für sich betrachtet sicherlich nur eine Lapalie. Der Vorgang ist aber Beleg für die schludrige Vorbereitung, die wir im ganzen Beratungsverfahren beklagen.

Beklagen, Herr Minister, müssen wir auch Ihre fortschreitende Missachtung des Parlaments. Dabei kann ich ehrlich gesagt die Kollegen der Koalitionsfraktionen nicht verstehen, die der von Ihnen beantragten Ausweitung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auf alle Ausgaben der Titel in der Hauptgruppe 8 im Fachausschuss zugestimmt haben. Wenn das so weitergeht, Herr Minister, können wir uns Haushaltsberatungen en détail künftig sparen und auf die Kontrollrechte des Parlaments verzichten. Wir stellen Ihnen ein Gesamtbudget zur Verfügung, und Sie fördern damit Wirtschaft nach Gutsherrenart wie es Ihnen beliebt; denn das - das zeigt der Umgang mit dem Euregionalen Zentrum für Luftverkehr Weeze-Laarbruch - liegt Ihnen sowieso am meisten. Sie jonglieren mit Baransätzen und Verpflichtungsermächtigungen, als sei es Ihnen völlig Wurst, ob und wann die Luftverkehrsinfrastruktur des Landes nachhaltig verbessert wird, was aus Konversionsansätzen wird und wie man regionale Kristallisationspunkte für Wirtschaftswachstum schaffen kann.

Die Schuld an dieser Chaospolitik auf den Investor zu schieben - lassen Sie mich das sagen, Herr Minister Schartau -, hat mir gar nicht gefallen. Wenn der Investor in der Vergangenheit tatsächlich nicht in der Lage war, sämtliche Förderanträge bürokratisch korrekt und fristgerecht auszufüllen, dann helfen Sie ihm eben dabei. Das wäre wirtschaftsfreundlich. Aber begründen Sie die Zahlungsverzögerung zulasten einer ganzen Region nicht mit mangelnder Bürokratiefähigkeit eines ausländischen Investors. Bleiben Sie wenigstens ehrlich. In Wirklichkeit wollen Sie mit der Mittelstreckung bloß die eigene Haushaltsmisere verdecken oder vielleicht auch Ihren Koalitionspartner bei Laune halten, der mit Luftverkehr nichts an der Kappe hat.

Wir möchten, dass die Barmittel für Weeze-Laarbruch bereits in diesem Jahr wieder um die versprochenen 2,25 Millionen € aufgestockt werden. Wir haben Ihnen auch gesagt, wie unsere Anträge zu finanzieren sind. Und damit komme ich zum Thema "Energie" im Einzelplan 08:

Wir wollen für das Programm "Rationale Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen" keine zusätzlichen Steuermittel mehr einsetzen, weil die Belastung für Wirtschaft und

Bürger aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auch so schon explodiert. Wir sind der Meinung, dass jeder seine Entwicklungskosten selber tragen kann, wenn er Technologien auf den Markt bringt, deren Einsatz mit exorbitanten Einspeisevergütungen gefördert wird. Das Gleiche gilt im Übrigen für verbesserte Kraftwerkstechnologien mit internationalen Absatzchancen. Da muss die Wirtschaft selber für sich sorgen. Schließlich halten wir energiepolitische Geschäftelhuberei in Agenturen, Landesinitiativen etc. auf Kosten der Steuerzahler für überflüssig. Wenn Beratungsbedarf besteht, kann er im Ministerium erledigt werden. Dafür kenne ich die Fachleute gut genug.

Im Übrigen könnten erneuerbare Energien sowie Effizienzforschung und -entwicklung auch aus Einsparungen bei den Kohlesubventionen gefördert werden, die nach dem Auslaufen des Kohlekompromisses von Bundes- und Landesregierung viel zu hoch angesetzt sind. Über die Höhe und den Auszahlungszeitpunkt der Kohlesubventionen ist es im Fachausschuss schon zu erheblichen Irritationen gekommen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, Herr Minister Horstmann, dass dem Parlament die Rahmenvereinbarung "Neuorientierung des Steinkohlebergbaus" vom 03.04.1998 niemals zur Kenntnis gegeben wurde. Damit waren uns Zinskonditionen, Tilgungszeiträume und Eintrittspflichten aus Garantieerklärungen bisher nicht bekannt - auch nicht nach Ihren Erläuterungen im Fachausschuss, Herr Minister.

Bis heute wissen wir nicht, ob die RAG aus den Stundungen an Bund und Land zusätzliche Zinsgewinne erzielt, weil sie selbst günstigere Kredite zur Zwischenfinanzierung aufgenommen hat.

Bis heute wissen wir nicht, ob der Bergbau die Mittel der so genannten Bugwelle in Höhe von 1,7 Milliarden € bis zum ursprünglich vereinbarten Tilgungstermin, dem 15. Januar 2008, überhaupt benötigt.

Bis heute wurde uns nicht angezeigt, und das wird viele Kollegen überraschen, dass das Land Ausfallbürge ist, falls der RAG-Gewinn nicht ausreicht, um den jährlichen Unternehmensanteil an den Kohlesubventionen in Höhe von 102 Millionen € zu decken.

Bisher, Herr Minister, haben Sie den Anschein erweckt, als seien die horrenden Stundungen bereits im Kohlekompromiss von 1997 vereinbart gewesen. Das ist völlig falsch, meine Damen und Herren. Auszahlungsbeträge in Höhe von rund 800 Millionen €, davon 143 Millionen € beim Land, sind erst ab dem Jahr 2000 auf Initiative der Regierung Schröder - und nur auf deren Initiative - in

die Zeit nach 2005 verschoben worden. Die Kohlesubventionen wurden damit zu einer ergiebigen "Bonanza" für die Erwirtschaftung globaler Minderausgaben bei Bund und Land. Zumindest in Nordrhein-Westfalen wurden sie so auch zur Umgehung der Verfassungsgrenze missbraucht.

Sie werden verstehen, dass meine Fraktion eine umfassende Klärung und Regelung dieser Vorgänge erwartet. Den augenblicklichen Zustand halten wir in weiten Teilen für verfassungswidrig. Ausdrücklich begrüßen würden wir deshalb eine Prüfung des Verhaltens der Landesregierung durch den Landesrechnungshof, Frau Präsidentin, wie sie der Bundesrechnungshof für seinen Bereich bereits angekündigt hat.

Eine letzte Bemerkung zu den Grundzügen der so genannten Steinkohleanschlussregelung, weil Sie in vorausseilendem Gehorsam auf dieses ungelegte Ei bereits in den Haushaltserläuterungen Bezug genommen haben: Der Kanzler hat seine Meinung ohne Abstimmung mit dem eigenen Koalitionspartner, dem Land und der Opposition verkündet. Er hat damit einen Scheck ausgestellt, den er selbst weder einlösen kann noch einlösen wird.

Für uns ist der Entwurf zu dieser Regelung aus wenigstens zwei zentralen Gründen völlig inakzeptabel. Zum einen fehlt dem Bergbau die politische und rechtliche Planungssicherheit des Kohlekompromisses von 1997. Zum anderen sind wir überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen finanziell über den Tisch gezogen werden soll. Wir haben unsere Vorschläge für eine Anschlussregelung auf den Tisch gelegt. Ich denke, Sie wären gut beraten, diese Vorschläge ernst zu nehmen. Sollten Sie unsere Hilfe ablehnen - was leider zu erwarten steht -, so erwarten wir von Ihnen dennoch, dass Sie in den Verhandlungen mit dem Bund Schaden vom Land abwenden und die von Herrn Schröder erwartete Beteiligung Nordrhein-Westfalens deutlich abmildern.

Nordrhein-Westfalen hat während der Laufzeit des Kohlekompromisses einen ständig wachsenden Anteil der Lasten tragen müssen.

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

Christian Weisbrich (CDU): Das muss jetzt umgekehrt vereinbart werden, denn die Sicherheit der Energieversorgung ist heute eine nationale Aufgabe. Auf Ihren Verhandlungserfolg, Herr Minister Horstmann, sind wir sehr gespannt und auch darauf, ob Sie wenigstens Ihre eigenen Koalitionsziele aus dem "Düsseldorfer Signal" durch-

setzen können. Dem maroden Landeshaushalt täte dies ausgesprochen gut. - Schönen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Weisbrich. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Bischoff das Wort.

Werner Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist davon geprägt, dass wir uns bei den anhaltend und hinter den Erwartungen zurückbleibenden Steuereinnahmen damit auseinander setzen mussten, wie wir deutliche Einschnitte im Haushalt verarbeiten können. Insofern hat das leider zur Folge gehabt, dass diese Einschnitte auch die freiwilligen Förderprogramme des Landes betreffen. Hier hat es entsprechende Kürzungen gegeben, die leider auch den Wirtschaftshaushalt getroffen haben.

In diesem Jahr stellen wir für die Förderung der Wirtschaft einschließlich der europäischen Mittel insgesamt 440 Millionen € zur Verfügung. Das sind 12 Millionen € oder 2,8 % mehr, als es für das vergangene Haushaltsjahr 2003 der Fall ist. Allerdings muss man darauf hinweisen, dass die globale Minderausgabe in Höhe von 74 Millionen €, die ja insbesondere die Förderprogramme betrifft, hierbei nicht berücksichtigt ist. Für 2005 sind 401 Millionen € zur Förderung der Wirtschaft vorgesehen. Dies ist eine Verringerung in Höhe von 8,9 % gegenüber 2004.

Ich möchte hier für die SPD-Landtagsfraktion erklären, dass wir die Schwerpunkte, die die Regierung gesetzt hat und auf die sich die Landesregierung konzentriert, für richtig halten, dass wir sie unterstützen und dass wir einen Beitrag leisten, in der augenblicklichen Situation dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze in diesem Land neu geschaffen werden. Wir wollen einen Beitrag leisten, dass sich dieser Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen in sozialer Verantwortung vollzieht, und wir tun dies vor dem Hintergrund - wie wir meinen - insgesamt positiver Erwartungen in der Wirtschaft.

Wer in die Presseveröffentlichungen hineinschaut, sieht, dass es immer mehr positive Signale gibt, die sich - dass muss man allerdings sagen - leider noch nicht auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen, sondern zunächst einmal Stimmungen signalisieren. Unstrittig ist auch, dass selbst bei einem positiven Verlauf dieser Rahmenbedingungen der Arbeitsmarkt sich möglicherweise erst Mitte des Jahres und in der zweiten Jahreshälfte entspannen wird.

Von daher war es notwendig, Rahmenbedingungen zu verändern. Ich will sehr deutlich sagen, dass die Veränderungen, die mit der Agenda 2010 auf den Weg gebracht wurden, wichtige Reformanstöße darstellen. Ich bin sicher, dass dies sowohl für den Wirtschaftsmarkt wie auch für den Arbeitsmarkt Wirkung haben wird.

Herr Kollege Weisbrich, ich bin dem ersten Teil Ihrer Rede aufmerksam gefolgt und hatte den Eindruck, dass Sie wieder einmal mit Ihrem alten Zettelkasten gearbeitet haben. Denn das, was Sie dort als Fakten vorgetragen haben, sind Beschreibungen, die durch Fakten, die man heute nachlesen kann, überholt sind. Ich will deswegen auf das Psephos-Institut hinweisen, das im Oktober/November eine Unternehmensbefragung durchgeführt hat. Hier zeigt sich eindeutig eine Aufhellung der Geschäftserwartungen in Nordrhein-Westfalen. In dieser Untersuchung ist insbesondere zu erkennen, dass die Mehrzahl der Unternehmen positiv plant und dies sich auch in einem entsprechend positiveren Beschäftigungsklima günstiger darstellt als in der Vergangenheit.

Ich will etwas zu den Unternehmensneugründungen in Nordrhein-Westfalen sagen, weil deren Zahl gestiegen ist. Mit gut 24.000 neu in das Handelsregister eingetragenen Betrieben dominiert Nordrhein-Westfalen im Jahre 2003 das Gründungsgeschehen in Deutschland. Im Gegensatz zu fast allen westlichen Ländern nahm die Zahl der Neueintragen in Nordrhein-Westfalen um 1,5 % zu. Ich räume ein, dass wir in vergangenen Zeiten andere Zahlen hatten. Da haben Sie ja immer die Ländervergleiche angestellt. Deswegen will ich dieser Systematik folgen und darf sagen: In Hessen sank die Zahl der Gründungen um 5,5 % in Baden-Württemberg um 3,4 % und in Bayern um 2,4 %. Per saldo - und das ist wohl die wichtige Zahl - kamen in Nordrhein-Westfalen mehr als 10.500 Unternehmen hinzu.

Auch die Gewerbemeldetstatistik signalisiert eine Gründungsdynamik in Nordrhein-Westfalen, auf die ich hinweisen möchte. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 erhöhte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 13.757 bzw. 10,3 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Unter dem Strich übertraf die Zahl der Gewerbeanmeldungen die Zahl der Abmeldungen von Januar bis Oktober um 25.010. Auch diese Zahlen sollten Sie sich langsam einmal in Ihren Zettelkasten hineinlegen, damit Sie hier nicht immer mit den alten Möhren argumentieren müssen.

Insofern ist wohl auch ganz wichtig, dass das RWI für Nordrhein-Westfalen mit einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung um 1,5 % rechnet. Das ist si-

cherlich noch eine sehr bescheidene Zahl. Aber vor dieser Zahl steht ein Plus-Zeichen, und das ist eine sehr gute Entwicklung.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Ja, lieber Herr Weisbrich, deswegen sage ich Ihnen diese Zahlen, damit Sie sie in Ihren Zettelkasten legen und nicht immer die alten vergilbten Papiere nehmen, die wir mittlerweile von Ihnen schon 24-mal vorgetragen bekommen haben.

Wichtig ist, dass der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen Fortschritte macht. Deswegen sage ich ausdrücklich: Wir sollten jedes zarte Pflänzchen begrüßen und sollten diese Entwicklungen nicht schlechtreden. Von einer Wende am Arbeitsmarkt kann allerdings noch nicht gesprochen werden. Aber auch da muss man sagen, dass die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen Monaten weniger stark gestiegen ist, als es erwartet wurde, und dass sich der Abstand der Arbeitslosenzahlen zu denen des Vorjahres kontinuierlich verringert.

Auch hier ein Hinweis: Von November auf Dezember erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen zwar noch einmal saisonal bedingt um 1,8 %; aber diese Zuwachsrate lag deutlich niedriger als in den drei Jahren zuvor. Insofern sage ich einmal: Es ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Aber da Sie ein notorischer Schwarzmalerei sind, haben Sie wahrscheinlich den Tunnel verlängert, damit da ja kein Licht zu erkennen ist. Deswegen sollten Sie sich die allgemeinen Rahmendaten noch einmal zu Gemüte führen.

Ich will hier sehr deutlich sagen, dass für uns Nordrhein-Westfalen ein industrielles Kernland ist. Deswegen sollten wir alles tun, damit Rahmenbedingungen geschaffen werden, die diesen Prozess fördern.

Einer Passage Ihrer Rede stimme ich zu, dass nämlich industrielles Wachstum die Voraussetzung dafür ist, dass sich wirtschaftlicher Erfolg einstellt. Letztendlich ist das die Brücke, die wir dringend brauchen, damit wir die öffentlichen Haushalte sanieren können. An dieser Stelle stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Allerdings ist das etwas, das durch Ihre Aussagen hier nicht im Detail belegt wurde, sondern Sie haben hier lediglich kritisiert.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung ist für uns natürlich insbesondere auch Mittelstandsförderung. Deswegen will ich noch auf die Meistergründungsprämie eingehen und positiv feststellen, dass die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, die Kassenmittel des

letzten Jahres in Höhe von 4,1 Millionen € auch für die Jahre 2004 und 2005 verfügbar zu machen, sodass die vorliegenden Anträge in diesen beiden Jahren aus unserer Sicht bewilligt werden können.

Sie haben davon geredet, dass Sie im Fachausschuss Anträge gestellt haben. Das muss eine Sitzung gewesen sein, die Sie alleine geführt haben. In den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses, in denen ich dabei war, haben Sie keine Anträge gestellt. Diese haben Sie zu einem späteren Zeitpunkt offensichtlich im Haushaltsausschuss gestellt.

Wir haben in unseren Anträgen darauf hingewiesen, dass das Programm für Technologie- und Innovationsforschung im Zuge des Ausbaus der regionalen Wirtschaftsstruktur ebenfalls ausgebaut werden soll. Insofern haben wir dafür gesorgt, dass die Investitionen für das Euregionale Zentrum für Luftverkehr bei gleichzeitiger Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen zeitlich gestreckt werden. Ich sage sehr deutlich: Wir haben uns zu diesem Schritt entschieden, weil er notwendig war, um Mehrausgaben an anderer Stelle zu finanzieren.

Ein Wort noch zur Entscheidung bezüglich des Euregionalen Zentrums für Luftverkehr. In der Gemeinde Weeze und im Kreis Kleve gab es hohe Wellen der Emotion und viele Diskussionen, wohl auch deshalb - das muss man sagen -, weil Sie parteipolitisch die Trommeln gerührt haben. Deswegen will ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wir wollen den Flughafen Laarbruch und wir wollen auch das Gewerbegebiet dazu. Wir haben keine Haushaltsmittel gekürzt oder gestrichen. Das war eine absolute Fehlmeldung. Im Gegenteil: Mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titelgruppe 8 haben wir dafür Sorge getragen, dass die entsprechenden Landesmittel in voller Höhe bereitgestellt werden können, wenn förderfähige Anträge vorgelegt werden.

Es ist interessant, dass durch die Diskussionen vor Ort deutlich wurde, dass seit Mitte 2002 keine Anträge auf Förderung gestellt wurden und deswegen auch keine Mittel abgeflossen sind. Wenn ich die Zahlen richtig in Erinnerung habe, dann ist für dieses Projekt - inklusive dem Gewerbegebiet - bis 2006 ein Ansatz von 19 Millionen € vorhanden. Davon sind, wenn meine Informationen richtig sind, bisher lediglich 3,5 Millionen € verbraucht worden. Insofern werden hier Krokodilstränen geweint, die der Sache nicht angemessen sind. Dies erkennt man, wenn man sich mit den Fakten auseinander setzt.

Ich will noch etwas zum Einzelplan 8 und zum Bereich Bergbau sagen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2003 steigen die Ausgaben für die Kohlebeihilfen in 2004 um 43 Millionen € auf 494 Millionen €. Dies kommt dadurch zustande, dass die Zahlung der Kohlebeihilfen, die in 2003 vorgesehen war, zum Teil in das Jahr 2004 verlagert wurde. Auch für 2005 stehen entsprechende Mittel zur Verfügung. An dieser Stelle kann ich vorausschauend schon einmal sagen, dass wir die politischen Anträge, die von der FDP wahrscheinlich noch eingebracht werden, hier eine gänzliche Streichung vorzunehmen und den Ansatz auf Null zu reduzieren, ablehnen werden. Wir stehen für Verlässlichkeit und Vertragstreue gegenüber den Bergleuten. Das, was die FDP will, machen wir nicht mit. Sie fordert zum Vertragsbruch auf. Nicht mit uns! Deswegen wird dieser Antrag abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich sehr deutlich sagen: Wir stehen zu dem Kohlekompromiss von 1997. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Regelung damals von der CDU/CSU-FDP-Regierung ausgehandelt wurde. Heute haben Sie offensichtlich Erinnerungslücken, da Sie zu diesen Dingen nicht mehr stehen. Ihre ganze Diskussion um die Kohlepolitik ist eine einzige Wackelveranstaltung, die an Traurigkeit kaum noch zu überbieten ist. Das will ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen.

Für die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn im Jahre 2004 werden 650.000 € zur Verfügung gestellt. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen die Leistungen in den Bereichen Bergbautechnik, Grubensicherheit und Bergaufsicht in Nordrhein-Westfalen gezeigt werden. Wir meinen, dass das vernünftig ist. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Ich habe darauf hingewiesen, dass Sie keine Anträge im Fachausschuss gestellt haben. Deswegen konnten wir diese Dinge mit Ihnen auch nicht diskutieren.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe den Eindruck, dass Sie im Rahmen der nachfolgenden Beratungen eine Reihe von Anträgen gestellt haben, weil Sie sich sicher waren, ohnehin keine Chance zu haben, dass sie angenommen werden. Insofern war das wohl nur das Verlesen eines wiedergefundenen Wunschzettels aus der Vorweihnachtszeit. Das hat mit einer realen Haushaltsberatung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich noch sagen, dass Sie mit einem Antrag, den Sie in den nachfolgenden Be-

ratungen gestellt haben, total neben der Sache liegen. Es geht um den Antrag auf Kürzung der Mittel für die Außenwirtschaft um rund 800.000 € je Haushaltsjahr. Die Begründung haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss gegeben. Sie offenbart Ihren Provinzialismus in höchster Kompetenz. Es muss hier noch einmal sehr deutlich gesagt werden: Wir wollen, dass das Außenhandelsstor offen gehalten wird; denn neue Märkte bedeuten neue Chancen, insbesondere für Nordrhein-Westfalen.

Deswegen war es richtig, dass wir uns als Land Nordrhein-Westfalen in Moskau auf einer großen Ausstellung präsentiert haben. Ihre ganze Nörgelei vorher, nachher und in Moskau ist durch die ausführliche Diskussion, die wir auf der Grundlage der Befragung der Unternehmen hinterher im Wirtschaftsausschuss durchgeführt haben, ad absurdum geführt worden.

(Beifall bei der SPD)

Was in Ihre Köpfe nicht hineinpasst, das darf nicht sein. Deswegen haben Sie diesen Antrag auf Kürzung offensichtlich auch gestellt. Wie gesagt: Das ist Provinzialismus in höchster Kompetenz. Das überlassen wir Ihnen ausdrücklich ganz allein.

Bezüglich dessen, was Sie ansonsten noch zur Kohlepolitik gesagt haben - ich denke an Ihre schlaunen Anregungen zur Finanzierung -, rate ich Ihnen, sich zu bemühen, ein Gastreferat in Saarbrücken zu halten. Vielleicht können Sie das dort Ihrem Parteikollegen Müller einmal vortragen. Ich glaube, er könnte in dieser Frage noch eine ganze Menge von Ihnen lernen. Sie standen hier am falschen Pult. Insofern kann ich an dieser Stelle nur sagen: Machen Sie sich auf den Weg nach Saarbrücken und sagen Sie dort das, was Sie hier gesagt haben!

Ich darf für die SPD-Fraktion erklären, dass wir dem mit unseren Änderungen versehenen Einzelplan unsere Zustimmung erteilen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Bischoff. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bischoff, auch bei dieser Debatte habe ich mich wieder einmal gefragt, wer - um Gottes willen - Ihnen die Zahlen und Daten für Ihre Rede zusammengebas-

telt hat. Das Wirtschaftsministerium sicherlich nicht, wird doch von dort inzwischen gar nicht mehr geleugnet, dass das Land Nordrhein-Westfalen im innerdeutschen Vergleich einen strukturellen Wachstumsrückstand aufweist. An Ihnen ist das offensichtlich vorbeigegangen. Sie halten eine Schönwetterrede, als wäre alles in Ordnung.

(Widerspruch von Werner Bischoff [SPD])

- Herr Bischoff, das Licht am Ende des Tunnels, das Sie sehen, stammt möglicherweise vom Gegenverkehr. Das sollten Sie einmal ins Kalkül ziehen. Für Ihren Zettelkasten liefere ich Ihnen vielleicht noch ein paar Anregungen, gegebenenfalls auch mit Quellennachweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der heutigen Debatte über den Wirtschaftshaushalt eine nüchterne Bilanz über Lage und Perspektiven am Wirtschaftsstandort Deutschland zu ziehen. Zugleich ist dies selbstverständlich auch eine Bilanz der Arbeit des zuständigen Ministers. Herr Minister Schartau, sie ist jetzt angebracht denn je, weil Sie als Minister für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett eine Schlüsselfunktion einnehmen, haben Sie doch Zugriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, wie sie kein anderer Minister zuvor gehabt hat.

Meiner - wie Sie sicherlich erwarten - kritischen Analyse will ich vorausschicken, dass Ihnen persönlich sicherlich niemand den guten Willen und das Engagement abspricht, Ihrer Verantwortung auch gerecht zu werden. Nur, Herr Minister, das alleine reicht nicht.

Als Sie Ihr Amt als Arbeitsminister angetreten haben, hatten wir in Nordrhein-Westfalen offiziell 770.000 Erwerbslose. Ihre Landesregierung hat den Menschen in Nordrhein-Westfalen damals versprochen, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende der Legislaturperiode auf 500.000 zu senken. Dieses zentrale Versprechen hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung abgegeben: Wir reduzieren die Arbeitslosigkeit auf 500.000 Erwerbslose.

Im Dezember 2003 lagen wir schon bei 880.000 offiziell gemeldeten Erwerbslosen. Die statistischen Trickereien der letzten beiden Jahre haben nicht Sie veranlasst, aber Sie profitieren davon. Ohne sie liegen wir - konservativ berechnet - bei mindestens 930.000 Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen. Das sind die Fakten.

Dazu kommt, Herr Minister Schartau, dass sich seit Ihrem Amtsantritt die Zahl der Insolvenzen

mittelständischer Betriebe verdoppelt hat: von 5.500 im Jahr 2000 auf annähernd 11.000 im Jahr 2003. Sie müssen sich mit den Fakten konfrontieren lassen, dass sich in Ihrer Amtszeit die Zahl der Unternehmenspleiten in Nordrhein-Westfalen verdoppelt hat und die Zahl der Erwerbslosen um 20 % gestiegen ist. Das sind zwar nur einige, aber zentrale Rahmendaten Ihrer Bilanz.

Meine Damen und Herren, der Superminister steht in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vor einem Superscherbenhaufen. Das ist traurige Realität. Davon können Sie und wir nicht ablenken, selbst wenn Sie jetzt in einer Reihe von Pressekonferenzen versuchen, positive Stimmung zu verbreiten. Es ist selbstverständlich, dass Sie sich so verhalten. Das ist Ihr Job, wird für sich genommen aber nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren, die nordrhein-westfälische Wirtschaft befindet sich in den letzten beiden Jahren in einer tiefen Rezession. Für 2003 haben wir zwar die offiziellen Daten noch nicht; das RWI schätzt bei der Wirtschaftsleistung für Nordrhein-Westfalen einen Rückgang von 0,3 %. Die Wirtschaft ist im Jahre 2003 geschrumpft. Die positiven Wachstumsprognosen, die Sie - gestützt auf das RWI - für Nordrhein-Westfalen verkündet haben, werden, selbst wenn sie eintreffen sollten - wobei eine Prognose von 1,5 % sehr optimistisch ist -, keinen positiven Beschäftigungseffekt haben. Das muss man feststellen.

Alle wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben mit ihren Wachstumsprognosen zwischen 1,5 und 1,8 % für das Bundesgebiet die Aussage verbunden: Selbst wenn diese hohen Wachstumswerte eintreffen sollten, wird das bundesweit zu einem Beschäftigungsrückgang von 0,3 % und damit zu einer Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen führen. Angesichts des Wachstumsrückstandes, den wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird uns dieser Effekt, selbst bei Ihrer positiven Wachstumsprognose, in Nordrhein-Westfalen in noch viel stärkerer Form einholen. Das muss man berücksichtigen.

Es gibt demnach keine positive Entwicklungsprognose für die Situation am Arbeitsmarkt, ganz abgesehen einmal von interessanten Effekten, die wir sicherlich heute nicht vertiefen können, nach denen wir 2004 ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum haben werden, weil in diesem Jahr, Herr Kollege Bischoff, zahlreiche Feiertage auf Wochenenden fallen. Die Institute haben uns vorgerechnet, dass alleine dieser Umstand einen Wachstumseffekt von ca. 0,5 % zur Folge hat. Insofern hat das also nichts mit einer guten und effektiveren Wirtschaftspolitik zu tun.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns hier mit der entscheidenden Frage auseinander setzen, warum Nordrhein-Westfalen im innerdeutschen Vergleich von Jahr zu Jahr weiter zurückfällt. Dieses Problem dürfen Sie nicht ausblenden, Herr Kollege Bischoff. Ich darf hierzu einmal das interessante Thesenpapier des Wirtschaftsministeriums zur strukturellen Entwicklung der NRW-Wirtschaft zitieren:

"Das Zurückbleiben des Wachstums der Bruttowertschöpfung in NRW hinter dem Bundes-trend ist kein konjunkturelles Phänomen, sondern es hat strukturelle Ursachen."

Folgendes schreibt der Finanzminister im Geleitwort zum Nachtragshaushalt 2003, der erst wenige Monate alt ist: Die hiesige Wirtschaft hat sich 2001 und 2002 deutlich schlechter entwickelt als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Flächenländer - dort in 2001 ein reales Wachstum von 0,8 %, in NRW nur von 0,3 %; in den anderen alten Ländern in 2002 ein reales Wachstum um 0,4, in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang um 0,2 %.

Herr Kollege Bischoff, so sehen die Fakten aus, die wir hier nicht schönreden können. Meine Damen und Herren, die Schere klappt weiter auseinander. Herr Minister Schartau, so sieht die Bilanz Ihrer Amtszeit aus. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, was denn noch passieren soll, damit Sie endlich in die Gänge kommen. Die Instrumente, die Sie bisher angewandt haben, haben doch ganz offensichtlich keinerlei positive Effekte erzielt. Das können wir an den Zahlen ablesen.

Der erste Vorwurf, den wir Ihnen und der Landesregierung gegenüber erheben, Herr Minister, lautet, dass es Ihre Landesregierung nicht geschafft und es letztlich auch gar nicht versucht hat, einen wirklichen Perspektivwechsel zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land zu vollziehen. Einen solchen Politik- und Perspektivwechsel zugunsten des Mittelstandes haben Sie nicht vollzogen. Das spiegelt sich auch im Wirtschaftshaushalt wider. Die Mittelstandsförderung verkommt von Jahr zu Jahr mehr zu einer statistischen Restgröße in Nordrhein-Westfalen. 2004/2005 fahren Sie die Mittelstandsförderung um weitere 9,5 % zurück.

Fast noch interessanter als dieser Wert wird es, wenn wir uns die strukturellen Veränderungen innerhalb der Mittelstandsförderung anschauen. Da stellen wir fest, dass Sie die Mittelstandsförderung mehr und mehr aus EU-Ziel-2-Mitteln finanzieren. Das, meine Damen und Herren, ist ein Spiel mit dem Feuer, weil wir wissen, dass die Ziel-2-Mittel

2006 ausfinanziert und wahrscheinlich weitgehend ausfallen werden. Dann wird 2006 die Mittelstandsförderung im Ruhrgebiet zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Das ist aufgrund der Struktur des Wirtschaftshaushaltes jetzt schon erkennbar. Wie gehen Sie damit um, Herr Minister Schartau?

Zu dem, was Sie nicht leisten zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen, gehört auch das, was bei der Meistergründungsprämie passiert. Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Ich denke an Gespräche, die alle vier Fraktionen mit dem Handwerk noch vor wenigen Wochen geführt haben, die Versprechungen, die dort vonseiten der Koalitionsfraktionen gemacht worden sind, das erfolgreichste Mittelstandsprogramm in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen weiter fortzuführen, und zwar auf einem gesicherten Niveau.

(Werner Bischoff [SPD]: Ja!)

Durch dieses Programm sind 45.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden - Sie reduzieren die Barmittel für die Meistergründungsprämie seit 2000 um fast zwei Drittel. Das geht an die Substanz dieses Programms und ist auch nicht dadurch zu kompensieren, dass Sie mehr und mehr Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig machen, immer nach der Devise: Irgendwo wird im Haushaltsvollzug schon noch Geld übrig bleiben, sodass wir noch ein bisschen in die Meistergründungsprämie hineinschaufeln können. Das ist keine seriöse Mittelstandspolitik, und das werden wir nicht mitmachen. Deshalb haben wir beantragt, die Mittel auf ein vernünftiges Niveau aufzustocken.

Ihre Politik gegen den Mittelstand und gegen die Wirtschaft in diesem Land, Herr Minister Schartau, lässt sich auch an diesem verheerenden Wasserentnahmeentgeltgesetz ablesen.

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Wir haben das im Wirtschaftsausschuss debattiert. Sie gehen sehenden Auges auf eine weitere Katastrophe für die wasser- und energieintensiven Betriebe in diesem Lande zu, nur deshalb, weil Sie sich nicht gegen den Würgegriff Ihres grünen Koalitionspartners zur Wehr setzen konnten. Das ist ein eklatantes Versagen des Wirtschaftsministers dieses Landes. Dafür werden Sie die Quittung bekommen. Wir werden es erleben bei der Insolvenzquote und vor allen Dingen bei der Zahl derjenigen, die in den nächsten Jahren zusätzlich in die Arbeitslosigkeit gehen werden. Es ist abzusehen, dass die direkte Kostenbelastung von mehr als 100 Millionen € katastrophale Auswir-

kungen für die energieintensiven Betriebe haben wird.

Auch vor dieser Herausforderung sind Sie, Herr Minister Schartau - wir bedauern es sehr, und da gibt es aus Sicht der Opposition auch nichts zu applaudieren, weil die Konsequenzen so verheerend sind -, leider gescheitert.

Sie sind auch bei der zweiten Herausforderung gescheitert, nämlich die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Bei der Mittelstandsförderung operieren Sie mit der Sense, bei der Steinkohleförderung allenfalls mit der Nagelfeile. Die Steinkohleförderung ist in diesem Haushalt nach wie vor in Stein gemeißelt. Wir sind drauf und dran, dass in Nordrhein-Westfalen - wenn wir uns nur die Landesmittel anschauen - deutlich mehr als doppelt so viel Geld für die Steinkohlesubventionen ausgegeben wird als für die Mittelstandsförderung. Wenn wir die EU-Mittel einmal abziehen - die sind endlich, das ist absehbar -, haben wir schon in 2004 doppelt so hohe Ausgaben für die Steinkohlesubventionierung wie für die Mittelstandspolitik in Nordrhein-Westfalen. Einen deutlicheren Beleg dafür, dass Ihre Politik nicht versucht, Zukunftschancen zu entwickeln, sondern versucht, Vergangenheit künstlich zu verlängern, kann es nicht geben, als diese Relation in Ihrem Haushalt.

(Zuruf von Wilhelm Nowack [SPD])

Dazu gehört natürlich auch, dass dann wichtige unabdingbare Investitionen in Infrastruktur, in Zukunftsmöglichkeiten unseres Landes hintangestellt werden. Weeze-Laarbruch ist ein gleichermaßen erschreckendes wie überzeugendes Beispiel für diese rückwärts orientierte Politik. Dass die Grünen diese Gelegenheit auch noch beim Schopfe ergriffen haben, um ihre Politik gegen den Ausbau der Infrastruktur und insbesondere der Flughäfen fortzusetzen, kommt noch erschwerend hinzu.

Es kann doch nicht sein, dass Zusagen für diesen Investor, dem wir dankbar sein müssen, dass er dort mehrere tausend Arbeitsplätze schaffen will, auf diese Art und Weise ausgehebelt werden. Da gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Das, was im Wirtschaftsausschuss dargestellt worden ist, das sei so gut wie abgestimmt mit dem Investor, ist Quatsch. Das führt zur Verunsicherung, und das Signal an andere Investoren ist: Ihr könnt euch nicht darauf verlassen, dass Zusagen in Nordrhein-Westfalen, Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen, auch eingehalten werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das verheerende Signal geht weit über die Frage hinaus, ob Sie diese 2,5 Millionen € doch noch finanzieren werden oder nicht. Das Signal ist verheerend und gehört mit zu der erschreckenden Bilanz, die Sie zu verantworten haben.

Wir können bei der Steinkohlepolitik gespannter denn je sein. Wir haben natürlich auch in diesem Jahr den Antrag gestellt, die Mittel für die Steinkohlebeihilfen, die in den Landeshaushalt eingestellt worden sind, zu streichen. Aber nicht - Herr Kollege Bischoff, setzen Sie diese Mär nicht Jahr für Jahr fort -, um Verträge zu brechen, sondern wir haben gesagt: Wir wollen mit den Akteuren des Steinkohlekompromisses verhandeln und sind der festen Überzeugung, wenn es eine klare Ansage gibt, dass die Parlamente - der Bundestag und der Landtag Nordrhein-Westfalen - die Steinkohleförderung beenden wollen, dann werden sich die Akteure auch auf solche Gespräche einlassen und über die Modalitäten verhandeln, um einen Auslaufbergbau zu organisieren. Das hat mit Vertragsbruch gar nichts zu tun.

(Werner Bischoff [SPD]: Bis 2005 ist das Vertragsbruch!)

- Herr Kollege Bischoff, Sie wären bereit, aus den mittelständischen Betrieben in diesem Land noch den letzten Cent herauszupressen, um Ihre Steinkohlebeihilfe zu retten. Das ist die Realität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP
- Edgar Moron [SPD]: Was schreien Sie immer so?)

Das ist die politische Perspektive, die Sie haben.

Herr Kollege Priggen, Sie haben heute wieder Ihren Unmut über die Steinkohlepolitik der Bundesregierung deutlich gemacht. Sie spielen ein interessantes Spielchen. Sie versuchen sich als Opposition in der Koalition. Das werden wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen, Herr Kollege Priggen. Frau Ministerin Höhn war es doch, die das "Düsseldorfer Signal" so vehement hinausposaunt und gesagt hat, es sei den Grünen gelungen, den Anteil Nordrhein-Westfalens an der Steinkohleförderung deutlich zu reduzieren. Da hat sie sich doch tagelang feiern lassen. Jetzt sagen Sie: Ja, aber wir Grünen wollten die Zusage des Kanzlers an den Bergbau eigentlich gar nicht, und jetzt sei die SPD in der Pflicht sicherzustellen, dass der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Steinkohlebeihilfen wirklich reduziert werden kann. So wird das nicht funktionieren, Herr Kollege Priggen. Sie sind Koalitionsfraktion und Sie stehen in der Verantwortung dafür, dass das, was Sie ankündigen, nämlich die Steinkohlebeihilfen deutlich zu reduzieren, dann auch umgesetzt wird.

Wir sehen mit großer Freude dem Elchtest entgegen, Herr Kollege Priggen, den Sie und Ihre Freunde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier in wenigen Monaten zu bestehen haben werden, wenn wir über Walsum abstimmen. Da hilft nämlich kein Deuteln und da helfen keine unterschiedlichen Interpretationen mehr. Möglicherweise haben Sie alle an dem Tag auswärtige Termine; das könnte ich mir auch vorstellen. Dann werden Sie endlich Farbe bekennen müssen, ob Sie eine vernünftige energiepolitische Position an der Stelle einnehmen und mit uns für die umgehende Schließung von Walsum stimmen oder nicht.

Im Übrigen will ich, Herr Kollege Bischoff, eines noch zur Frage der energiepolitischen Zukunft unseres Landes sagen: Sie sitzen gemeinsam mit den Industrien, die Sie vertreten, auf einem Ast, an dem die Grünen beharrlich sägen. Ich finde sehr bemerkenswert, wie erfolgreich die Grünen die von ihnen gewünschte Energiewende - ich sage das ganz deutlich - zum Schaden

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

des Energielandes Nordrhein-Westfalen und der energieintensiven Industrien in unserem Land einleiten und durchführen. Sie sollten sich das einmal im Einzelnen anschauen, ...

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Ende, Herr Präsident. - ... was die Grünen dort mit großer Beharrlichkeit betreiben - Herr Priggen, aber auch Herr Trittin. Die wissen genau, dass beispielsweise Windenergie nicht marktfähig werden kann und die einzige Möglichkeit, erneuerbare Energien in dieser Form in den Markt zu drücken, neben der Einspeisevergütung darin besteht, die Kosten für Energie aus konventioneller Energieerzeugung zu erhöhen.

Sie werden sich noch umgucken, was dort unter der Überschrift des Zertifikatehandels auf die Kohleindustrie und auf die energieintensive Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukommt.

(Zuruf von der SPD)

- Sie sollten das nicht ganz so fröhlich sehen. Da haben Ihnen Herr Trittin und die Grünen insgesamt so manches Mal eine lange Nase gedreht. Das, was die Grünen dort energiepolitisch wollen, wird verheerende Auswirkungen auf das Energieland Nordrhein-Westfalen

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

und auf die energieintensiven Betriebe in Nordrhein-Westfalen haben. Das ist nicht so juxig aufzunehmen, wie Sie das offensichtlich tun, Herr Kollege Bischoff. Wir jedenfalls verfolgen das mit großer Sorge.

(Werner Bischoff [SPD]: Das ist für mich ganz ernst!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Innovative Wirtschaftspolitik mit ökologischen Impulsen - das muss trotz knapper Kassen und einer in den letzten Jahren schwierigen Haushaltssituation unser Ziel sein. Für uns Grüne geht Ökonomie nicht vor Ökologie, wie das der Kanzler gesagt hat. Wir wollen in der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik auch weiterhin ökonomische und ökologische Weiterentwicklung mit dem Ziel, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir Grüne werden daher keine Politik der 70er-Jahre unterstützen, wie dies vor allem CDU und FDP in diesem Land machen wollen, wo Politik nur so viel Wachstum wie möglich erzeugen soll, aber egal ist, welches es denn ist. Auch wir stehen für Wachstum - damit da keine Zweifel aufkommen -, aber ohne den Abbau von ökologischen Qualitätsstandards. Im Gegenteil, Umweltstandards und Umwelttechnologien sind ein wesentlicher Faktor für Wachstum und Export deutscher und NRW-Produkte.

Die Grünen in NRW stehen auch weiterhin für eine innovative Mittelstandspolitik. Die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen bleibt ein Schwerpunkt auch in diesem Haushalt. Wir haben nicht nur ein Mittelstandsgesetz beschlossen. Wir setzen auch in diesem Haushalt auf die Meistergründungsprämie. Wie im vergangenen Jahr haben wir dafür gesorgt, dass hier 2004 und auch im Jahr 2005 wieder 4,1 Millionen € zur Verfügung stehen. Damit können die Altanträge aus dem Jahr 2003 befriedigt werden, aber es können auch die schätzungsweise 700 Neuanträge zum Zuge kommen. Ich glaube, dass das ein deutliches Signal für die Mittelstandspolitik in NRW ist.

Zur Situation in Nordrhein-Westfalen: Sie ist sicherlich nicht so schlecht, wie es die CDU und vor allem die FDP hier dargestellt haben. Das Ruhr-

gebiet ist natürlich nach wie vor unser Sorgenkind. Gerade in der Emscher-Lippe-Region müssen wir auch weiterhin eine ganze Menge machen. Der Strukturwandel ist dort überhaupt nicht abgeschlossen, wie er im südlichen Teil des Ruhrgebiets sehr positiv vollzogen worden ist. Das heißt, hier müssen wir deutlich weiter Akzente und Impulse setzen.

In anderen Landesteilen sieht das wesentlich besser und zum Teil sogar besser als in Bayern und anderen südlichen Bundesländern aus. Das läuft da teilweise sehr gut, vor allem im Münsterland und in Ostwestfalen. Von daher sind hier durchaus sehr positive Entwicklungen zu beobachten.

Schauen wir auf den Kernbereich der Wirtschafts- und Mittelstandsförderung. Um diesen Haushalt geht es ja heute im Wesentlichen. Hier werden 2004 142,95 Millionen € und 2005 nur noch 118 Millionen € zur Verfügung stehen. Das ist im Verhältnis zum Etat 2003, wo noch 160 Millionen € zur Verfügung standen, ein Rückgang. Das müssen wir leider so feststellen. Das ist der schwierigen Haushaltslage geschuldet.

Im Wesentlichen wird es bei vier Programmen Rückführungen geben. Das betrifft zum einen das seit 1993 bestehende Programm PROFIS, wo 2,1 Millionen € in 2004 und 9 Millionen € in 2005 gekürzt werden. Das sind die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Strukturpolitik, wo es eine Kürzung um 5 Millionen € in 2005 geben wird. Das sind auch Reduzierungen bei den Entgelten an die Landesbank NRW für die Durchführung der regionalen Wirtschaftsprogramme. Das sind 1,7 Millionen €. Und das sind Kürzungen im Beratungsprogramm Wirtschaft, das aber nach wie vor sehr gut erhalten wird; das muss man auch so deutlich sagen.

Der Aussage der FDP, die NRW-Wirtschaftspolitik bestehe nur noch aus Steinkohlesubventionen, muss ich deutlich widersprechen. Bei Ihnen ist das nicht Alzheimer light - Sie haben wirklich Alzheimer heavy, wenn Sie vergessen, dass Sie 1997 selbst diese Verträge gemacht haben, die jetzt noch gültig sind, und hier für eine radikale Kürzung dieser Beträge auf null eintreten. So kann man keine seriöse Politik machen. Das ist im höchsten Maße unglaublich, was Sie hier tun.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, das wird auch von den Wählerinnen und Wählern in Nordrhein-Westfalen so wahrgenommen.

Wir vertreten hier eine klare Position. Mein Kollege Priggen wird nachher im Detail auch noch einiges zur Energiepolitik sagen. Als Grüne wollen wir perspektivisch aus den Kohlesubventionen aussteigen. Das ist ein Anpassungsprozess, den wir in den nächsten Jahren durchlaufen müssen. Wir müssen natürlich die Kohlesubventionen reduzieren; das ist ganz klar. Aber wir machen das seriös. Wir machen das glaubwürdig. Wir machen das mit Augenmaß, sodass es tatsächlich auch sozialverträglich abläuft.

Das ist die Perspektive. An der halten wir auch fest. Wir machen hier keine Politik, wie sie die FDP macht: Kahlschlag und die Probleme einfach auf die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen abwälzen. So kann man keine Politik machen.

Trotzdem muss man sagen, dass es natürlich im Haushalt eine ganze Menge Probleme gibt. Denn unabhängig von dieser Relativierung muss man sagen: In der NRW-Außenwirtschaftsinitiative Mittel- und Osteuropa haben wir natürlich eine Kürzung um ca. 50 %. Das ist ein ziemlich dicker Hammer. Das ist natürlich gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen sehr schmerzlich.

Wir haben natürlich auch das Problem, dass wir im Jahr 2004 im Haushalt noch eine globale Minderausgabe von 3,47 Millionen € erbringen müssen. Wir werden uns im Detail ansehen müssen, wie das im Wirtschaftsetat konkret umgesetzt wird.

Das erfolgreiche Beratungsprogramm "Wirtschaft" wird zwar fortgeführt, aber auch reduziert. Wir werden uns hier noch stärker als bisher auf die Beratungsleistung für Existenzgründer und auf die Beratungsleistung für Unternehmen in der Startphase konzentrieren.

Über das Beratungsprogramm "Wirtschaft" - dies ist im Bericht zum Programmcontrolling nachzulesen - konnten im Jahr 2002 1.974 Arbeitsplätze neu geschaffen und 6.626 Arbeitsplätze gesichert werden. Ich habe keine Zweifel daran, dass wir in zwei bis drei Jahren in Bezug auf die Jahre 2004 und 2005 ähnlich positive Zahlen vorlegen werden.

Das Beratungsprogramm "Wirtschaft" ist und bleibt ein zentraler Baustein auf unserem Weg zu einer neuen Kultur der Selbstständigkeit, insbesondere im Ruhrgebiet und insbesondere - hierauf werden wir Grünen noch stärker drängen, um auch diese Potenziale abzurufen - für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten.

Stichwort: Gemeinschaftsaufgabe und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Ich bin

froh darüber, dass die ursprüngliche Entscheidung des Bundeskabinetts, diese Gemeinschaftsaufgabe "Förderung" zukünftig auf die neuen Bundesländer zu beschränken und für die alten Bundesländer ab 2004 keine Verpflichtungsermächtigung mehr auszuweisen, über ein einstimmiges Bundesratsvotum und einen Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages zumindest vorläufig gestoppt werden konnte. Die mit der zweiten Ergänzungsvorlage vorgenommene Reduzierung ist zwar schmerzlich, fällt aber deutlich geringer aus, als zwischenzeitlich zu befürchten war.

Eine gute Wirtschaftsförderung ist natürlich - wer könnte das abstreiten? - auch eine Frage des Geldes. Aber sie ist nicht nur eine Frage des Geldes. Nordrhein-Westfalen und seine Landesregierung zeigen, dass eine gute Wirtschaftsförderung auch vor dem Hintergrund knapper Kassen möglich ist, denn auch dann lassen sich gute Ideen und innovative Förderinstrumente nicht nur intellektuell entwickeln, sondern auch erfolgreich realisieren. Hierzu zwei Beispiele aus diesem Haushalt:

Erstens. Das Finanzierungspaket, das das Land einzelnen Gewerbetreibenden, Angehörigen freier Berufe und mittelständischen Unternehmen über das Programm "Gründungs- und Wachstumsfinanzierung" in Kooperation mit dem Bund und der KfW zur Verfügung stellt, ist ein Finanzierungspaket aus Nachrangdarlehen und Haftungsfreistellungen, ein Paket, das die Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen stärkt, ein positives Signal in Richtung Banken gibt und zu einer Blaupause für andere Bundesländer, z. B. Baden-Württemberg, Hessen oder Thüringen, geworden ist.

Es ist auch - das möchte ich ausdrücklich betonen - ein Paket, das in seiner qualitativen Substanz nicht beschnitten wird. Die nominale Ausstattung dieses Titels sowohl im Haushalt 2004 als auch im Haushalt 2005 ist höher als z. B. der Haushaltsansatz 2002.

Zweitens. Mit dem Masterplan "Selbstständigkeit in NRW" soll der Rahmen für die positive Gründungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen seit 1995 weiterentwickelt werden, und zwar nicht nur finanziell, sondern vor allem auch im Hinblick auf den Bürokratieabbau. Dies erscheint mir besonders wichtig in Bezug auf eine bessere Verankerung unternehmerischer Selbstständigkeit als einer Schlüsselqualifikation in unserem Bildungssystem.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Ich glaube, wir haben es geschafft, in diesem Haushalt gerade für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen wieder deutliche Akzente zu setzen. Wir haben, was den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen betrifft, sicherlich noch einen schwierigen Weg vor uns. Aber wir sind nach wie vor auf einem guten Weg. Ich glaube auch, dass der Wirtschaftshaushalt das positiv unterstützt, was wir in den letzten Jahren geschaffen haben, gerade was die mittelständische Wirtschaft und die Unternehmensgründungen angeht. Wir haben zahlreiche Programme, die sehr positiv wirken. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Schartau das Wort.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf stellen wir uns der Herausforderung, die Wirtschaftspolitik in unserem Land unter veränderten Rahmenbedingungen zu gestalten bzw. neu auszurichten.

Die für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehenden Ziel-2-Mittel können sowohl im Haushalt 2004 als auch im Haushalt 2005 komplett abgerufen werden. Insgesamt stehen an Barmitteln in diesem Jahr 255 Millionen € und im nächsten Jahr rund 231 Millionen € zur Verfügung.

Damit können die Gestaltung des Strukturwandels vor allem im Ruhrgebiet und wichtige Projekte zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den Ziel-2-Regionen, wie z. B. die Gründungsprämie oder der Zukunftswettbewerb Ruhrgebiet, weiterfinanziert werden.

Mit der Bereitstellung der Kofinanzierung hat die Landesregierung zugleich sichergestellt, dass Nordrhein-Westfalen über die Finanzmittel aus dem europäischen Fonds für Regionalentwicklung in voller Höhe verfügen kann.

Entgegen dem ursprünglichen Beschluss der Bundesregierung, die Gemeinschaftsaufgabe West Ende 2003 auszufinanzieren, ist im Zuge der Beratungen über den Bundeshaushalt 2004 ein Vermerk aufgenommen worden, nach dem die westdeutschen Länder 100 Millionen € von den für die ostdeutschen Länder eingestellten Verpflichtungsermächtigungen für Neubewilligungen in Anspruch nehmen dürfen. Die Entscheidung hierüber wird der Planungsausschuss treffen, sobald der Bundeshaushalt endgültig verabschiedet

ist. Wenn dies eintritt, werden wir in Nordrhein-Westfalen insgesamt 58,8 Millionen € für neue Projektzusagen zur Verfügung haben.

An Geldern für Programme, die ausschließlich aus Landesmitteln finanziert werden, kommen 64,7 Millionen € in diesem Jahr und etwas über 51 Millionen € im nächsten Jahr hinzu. Sicher, auch hier musste ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden: Die Mittel wurden gegenüber 2003 reduziert.

Wir konzentrieren uns in der Wirtschaftspolitik im Wesentlichen auf vier Bereiche:

Erstens. Wir führen die Förderung von Existenzgründern und von mittelständischen Wachstumsunternehmen fort. Hierzu habe ich am 16. Januar der Öffentlichkeit den Masterplan "Selbstständigkeit" vorgestellt. Er soll als mittelfristig angelegter Handlungsrahmen dem Thema unternehmerische Selbstständigkeit neue Impulse und neuen Schwung geben.

Dabei geht es um das ganze Spektrum von Selbstständigkeit: Kultur der Selbstständigkeit, Rahmenbedingungen für Selbstständigkeit, Existenzgründung in allen Ausprägungen und Entwicklung bestehender mittelständischer Unternehmen.

Dazu nur eine Zahl: Das Gründungssaldo in Nordrhein-Westfalen ist im ersten Halbjahr 2003 bei 9.200 angelangt. Das bedeutet gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 eine Steigerung um 1.200 Unternehmen in unserem Land.

Unter anderem mit Mitteln aus dem ESF-Programm wollen wir zukünftig auch außerhalb der Ziel-2-Gebiete eine entsprechende Beratungsförderung anbieten.

Zweitens. Ein besonderer Schwerpunkt der Gründungsförderung liegt in der Stärkung der Eigenkapitalbasis durch die landesweite Meistergründungsprämie und die Gründungsprämie in den Ziel-2-Gebieten.

Die Meistergründungsprämie wird entgegen aller Unkenrufe weitergeführt. Für die Handwerksförderung stehen zusätzlich zu den Fördermitteln in den Ziel-2-Regionen für 2004 5,7 Millionen € und für 2005 5,6 Millionen € zur Verfügung. Diese Ansätze enthalten die Erhöhungsanträge der Koalitionsfraktionen gegenüber dem Regierungsentwurf.

Die Gründungsprämie, die wir im Mai vergangenen Jahres in den Ziel-2-Gebieten eingeführt haben, wird verstärkt. Zielsetzung ist es, vor allem stabile Gründungen mit einem klar erkennbaren

Wachstum zum Beschäftigungspotenzial, die auch eine langfristige Marktchance haben, zu unterstützen.

In 2003 konnten rund 350 Gründungsprämien und über 800 Meistergründungsprämien bewilligt werden. In 2004 beträgt das zur Verfügung stehende Finanzvolumen aus Landes- und EU-Mitteln 15 Millionen €. Dies ermöglicht die Förderung von 1.500 Gründungen durch die Gründungsprämie und die Meistergründungsprämie.

Drittens. In der Mittelstandspolitik bilden die Stärkung der Eigenkapitalbasis und Sicherheiten bei Gründungen und bei Wachstumsunternehmen klare Schwerpunkte. Wachsende kleine und mittlere Unternehmen und Unternehmensnachfolger innerhalb der Ziel-2-Gebiete profitieren dabei besonders vom NRW-Eigenkapitalprogramm. Im gesamten Land stehen für die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt bereit. Zunehmend an Bedeutung gewinnen Fonds, auf die mittelständische Unternehmen zurückgreifen können, die Kapital für Investitionen benötigen. Instrumente sind hier Bürgschaften, Haftungsfreistellungen, Garantien, die mit dem Haushaltsgesetz bereitgestellt werden.

Viertens. Natürlich wird auch hier der Sparzwang deutlich. Ich möchte daran erinnern, dass wir beim Sparen unser Augenmerk immer mehr auf die Rahmenbedingungen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft lenken und durch viele Reformen auch dazu beitragen, dass sich gerade unsere Wirtschaft weiterentwickeln kann.

Ein Wort zu Weeze-Laarbruch: Ich mahne nachdrücklich an, die Tassen im Schrank zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Die Aussagen zu Weeze-Laarbruch sind vollkommen klar. Alles, was an Flughafentechnik zu finanzieren war, ist längst ausfinanziert. Ich bitte, diese Fakten bei aller öffentlichen Aufregung zu beachten. Dass die Investitionen in Weeze-Laarbruch weitergeführt werden können, ist klar.

Aber der Unterschied zwischen Landesmitteln, Herr Weisbrich, und Kamellen, die der Prinz wirft, ist, dass wir mit Haushaltsmitteln sorgsam umgehen. So gut das Investitionsprojekt sein mag, kommt es aber darauf an, dass vernünftige Unterlagen erstellt und Anträge gestellt werden. Dabei helfen wir den Investoren gerne.

Ich habe angesichts des ganzen öffentlichen Theaters die verantwortlichen Leute ins Ministerium einbestellt. Dann wollen wir gucken, dass wir die Kuh möglichst schnell vom Eis kriegen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Einbestellen? Sind das Verbrecher oder was!)

Eine Presseerklärung weniger und ein Wort mehr zur Zukunft von Weeze-Laarbruch hätte der Sache mehr gedient.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

In einer größer werdenden Europäischen Union und angesichts der wachsenden Internationalisierung der Ökonomie gewinnt die Außenwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Folgende Faktoren sind dabei für mich entscheidend:

Erstens. Nordrhein-westfälische Unternehmen sollen verstärkt auf internationalen Märkten investieren. Die Entwicklung und Stabilisierung ausländischer Standorte dient zur Stärkung des heimischen Standortes. Schwerpunkt der außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes wird es sein, unsere kleinen und mittleren Unternehmen bei ihrem Schritt auf fremde, oft schwierige Märkte zu begleiten.

Zweitens. Auch wer nicht direkt auf ausländischen Standbeinen steht, sollte diese Märkte doch stärker als bisher beobachten, analysieren und in die eigene Geschäftsstrategie einbeziehen.

Drittens. Außenwirtschaft heißt zudem, den Standort Nordrhein-Westfalen noch attraktiver für ausländische Investitionen zu machen. Wir haben den Anspruch, die Position Nordrhein-Westfalens als führender Investitionsstandort in Deutschland zu stärken und auch so zu mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land beizutragen.

Viertens. Wir wollen Nordrhein-Westfalen als wichtigen internationalen Messestandort stärken. Für den Messestandort Nordrhein-Westfalen, für die Repräsentanz auf in- und ausländischen Messen sowie weitere außenwirtschaftliche Projekte stehen in diesem Jahr 5,3 Millionen € und 4,8 Millionen € im nächsten Jahr zur Verfügung. Dabei werden wir auch prüfen, ob bei Projekten, deren Förderung ausläuft, eine alleinige Finanzierung durch die Wirtschaft möglich ist.

Innovationen, wirtschaftliches Wachstum und technologische Entwicklung stehen in einer direkten Wechselwirkung. Wir brauchen im Land Unternehmen, die kreativ und kooperativ Innovationszyklen verkürzen. Nur so können durch neue Produkte und Dienstleistungen insbesondere auf Wachstumsmärkten wichtige Potenziale erschlossen werden, die wir dringend zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen benötigen.

Wir stellen uns diesen Anforderungen mit den verfügbaren Landesmitteln für die Technologieförde-

rung - einerseits in bar und in Verpflichtungsermächtigungen. Wir setzen in der Technologiepolitik dabei drei Schwerpunkte:

Erstens. Durch eine Neuausrichtung der Technologieförderung werden wir solche Projekte fördern, die im globalen Wettbewerb Innovation und Produktivität stärken, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und idealerweise neue zu schaffen.

Zweitens. Zudem haben wir in der Vergangenheit eine Reihe von Strukturen und Netzwerken aufgebaut, die uns jetzt helfen, den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen zu festigen.

Drittens. Eine Förderung von Einzelprojekten muss im Hinblick auf die Haushaltslage die Ausnahme bilden. Wir werden z. B. zukünftig weiterfördern, wenn es zukunftssträchtige Projekte sind, die einen Innovationsschub bringen und ein hohes Marktpotenzial aufweisen. Dazu werden verstärkt Wettbewerbe durchgeführt oder besondere Schwerpunkte festgelegt. Wir wollen so die Spreu vom Weizen trennen und Mitnahmeeffekte ausschließen.

Sie sehen, wir sind gut gerüstet zu einem Zeitpunkt, wo die Konjunktur anspringt, die Reformen im Großen und Ganzen zwischen den Verantwortlichen auf Bundesebene in trockene Tücher gebracht worden ist und die nordrhein-westfälische Wirtschaft jetzt alle Voraussetzungen hat, durchstarten zu können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Papke, ich will nur mit ein paar Worten auf die Steinkohleproblematik eingehen. Sie haben gesagt: Natürlich haben Sie auch in diesem Jahr wieder den Antrag gestellt, die Subventionen für dieses Jahr auf null zu setzen.

Ich habe Sie schon im Wirtschaftsausschuss gefragt und ich will das jetzt noch einmal tun. Ich bin kein Haushaltsfachpolitiker, aber ich habe gelernt: Wenn ein Unternehmen einen Bewilligungsbescheid hat, dann ist das so gut wie Bargeld. Dann die für die mit dem Bewilligungsbescheid zusammenhängenden Leistungen angesetzten Haushaltsmittel auf null zu setzen, kann überhaupt nicht gehen -

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

völlig unabhängig von der richtigen Aussage, dass das, was für 2004/2005 Grundlage ist, unter Regierungsbeteiligung Ihres Ministers Dr. Rexrodt und Bundeskanzler Kohl mit Zustimmung der Sozialdemokraten und der Grünen im Bundestag und im Landtag 1997/1998 beschlossen worden ist. Da kommt keiner dran vorbei. Das ist die Grundlage. Deswegen muss man diese Sachen in der Substanz auch umsetzen. An der Stelle zu fordern, die Mittel für dieses Jahr auf null zu setzen, ist von der Sache her überhaupt nicht machbar.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Das kann der Bund nicht übernehmen. Entschuldigung. Gucken Sie sich die Haushaltssituation an! Wenn Sie in der Art hier Regierungsverantwortung übernehmen wollen, dann empfehle ich Ihnen: Lernen Sie noch ein paar Jahre dazu! So nicht! So kommen Sie nicht durch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe einen zweiten Punkt, weil Sie immer so gerne über Elchteste schwadronieren. Ich habe Bilder des Vermittlungsausschusses gesehen, auf denen Ihr Vorsitzender, der Kollege Westerwelle, neben Frau Merkel und neben Herrn Stoiber immer so freundlich lächelt. Er kommt aus Nordrhein-Westfalen. Mit dem müssen Sie über Kohle reden können.

Ich frage, ob im Vermittlungsausschuss im Zuge des gesamten Subventionsabbaus auch über die Steinkohle geredet worden ist. Nach meinem Kenntnisstand hat die FDP, die hier, wo es nichts kostet, wo sie keine Mehrheiten und keine Verantwortung hat, immer ganz groß ist, im Vermittlungsausschuss, wo sie Gewicht hatte, es nicht angesprochen. Sie können mich da gerne korrigieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das heißt: Hier sind Sie immer ganz groß am Tröten, aber da, wo Sie Gestaltungsmöglichkeiten haben: Null! An der Stelle sind Sie sofort weg.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist doch lächerlich!)

- Nun regen Sie sich nicht auf. Es geht um den Vermittlungsausschuss. Sie müssten aus Ihrer Logik heraus sogar für die Jahre 2004 und 2005 gekürzt haben. Ich sage Ihnen: Das geht nicht.

(Erregte Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Hören Sie zu, ganz ruhig.

(Zuruf)

- Aber 2006! Das ist überhaupt nicht grotesk.

Es ist im Vermittlungsausschuss über den Abbau von allen möglichen Subventionen bis hin zu Treibstoffbeihilfe für Landwirte und, und, und geredet worden - alles im Detail. Sie waren dabei. An der Stelle hätten Sie auch einmal etwas zeigen können. Da ist auch nicht über 2006 geredet worden. Wir reden über minus 4 %, minus 8 %, minus 12 %. Selbst wenn Sie es 2004 nicht können, da hätten Sie es gekonnt. Das ist nämlich der Punkt bei Ihnen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist dummes Zeug!)

- Das ist überhaupt kein dummes Zeug. Natürlich ist darüber geredet worden, aber nicht von Ihnen an der Stelle, wo Sie immer den Elchtest von anderen fordern.

Zur Sache ein paar Anmerkungen, die jetzt nicht den Kollegen Papke betreffen. Aus der Verantwortung für 1997 bis 2005 kommt niemand heraus. Das, was Kollege Weisbrich vorhin gesagt hat, ist in einem Punkt nicht richtig: Es sind 1997 Verpflichtungen von allen eingegangen worden, die dabei beteiligt waren; Verpflichtungen, die nicht besonders transparent sind - das muss man zugeben -, die aber allen, die damals beteiligt waren - das waren für die CDU die Kollegen Linssen und Kollorz -, bewusst waren. Das, was an fünfmal 150 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen in die Jahre nach 2006 verschoben ist, war allen bekannt. Das ist der Löwenanteil der Bugwelle.

Jetzt wird es darauf ankommen, für die Jahre nach 2006 eine Lösung zu finden, die vernünftig ist, die den sozialverträglichen Anpassungsprozess gestalten lässt und das Land so wenig wie irgendwie möglich finanziell belastet. Das ist genau die Kunst, die es jetzt gilt hinzukriegen.

Da nützen uns solche Propagandaattitüden, die Sie hier machen, nichts. Das ist eine ganz harte Arbeit in der Sache. Da wird es darauf ankommen, das, was wir im "Düsseldorfer Signal" vereinbart haben, umzusetzen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Jawohl, das ist ein wichtiger Punkt. So etwas haben Sie hier noch nicht hingekriegt. Natürlich kriegen wir das hin. Wir können wetten, ob wir das hinkriegen. Das werden wir schon schaffen.

Das ist der entscheidende Punkt für den Landeshaushalt, der von 1997 bis 2005 konstant belastet

war und an der Stelle auch nachhaltig entlastet werden muss, weil es nicht angeht, dass das Land seine Belastung auf Dauer so hoch hält. Das Land muss in die Degression.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 40 Millionen pro Jahr!)

- Herr Dr. Papke, rufen Sie Herrn Westerwelle an! Gucken Sie, dass Sie Ihre Arbeit machen! Wir machen unsere Arbeit hier. Wir werden sie erfolgreich machen und hoffentlich noch lange daran Freude haben, dass Sie in der Opposition sind, damit Sie das noch lernen, was Sie lernen müssen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Priggen. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Horstmann das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zum Thema Energiepolitik und vielleicht zunächst zur Steinkohlefinanzierung.

Ich beginne mit dem Punkt Auszahlungsverschiebungen. Herr Kollege Weisbrich hat sich ausführlich damit auseinander gesetzt und eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die den tatsächlichen Sachverhalten nicht entsprechen. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Die Auszahlungsverschiebungen sind insgesamt, Herr Kollege Weisbrich, korrekt begründet worden, durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse der Parlamente in allen Fällen belegt. Deshalb sind sie auch durch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen in diesem Haushaltswerk, über das der Landtag in diesem Monat entscheiden soll, entsprechend belegt. Das muss auch so sein, weil die Verpflichtungen längst entstanden sind.

Es handelt sich um insgesamt ca. 570 Millionen € Auszahlungsverschiebungen. Davon sind 430 Millionen, wie der Kollege Priggen gesagt hat, der Löwenanteil, begründet durch die Kohlevereinbarung 1997. Da regierten in Berlin CDU/CSU und FDP und in Nordrhein-Westfalen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das wissen Sie. Es ist eine Verständigung gewesen, die zwischen allen Parteien letztendlich getroffen worden ist und die im Übrigen auch überhaupt nicht vor der Öffentlichkeit geheim gehalten worden ist.

Denn das Finanzierungstableau,

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Herr Kollege Weisbrich, Herr Kollege Linssen, der Kohlevereinbarung 1997, aus dem z. B. die Höhe der verzinslichen Verpflichtungsermächtigungen entnommen werden konnte, ist am 13. März 1997 veröffentlicht worden, d. h. nicht nur den Parlamenten, sondern der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden. Ich kann Ihnen die Unterlagen auch noch zur Verfügung stellen. Ich habe sie bei meinen Akten. Ich mache das gerne.

Ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie darüber hinaus gesagt haben. Richtig: Es hat mit den Haushalten seit dem Jahre 2000 Verschiebungen im Umfang von 140 Millionen gegeben. Diese sind ordentlich dokumentiert und in jedem Haushaltswerk verzeichnet. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie jemals diesen Auszahlungsverschiebungen widersprochen hätten. Sie sind jeweils im Parlament vorgelegt worden. Insoweit handelt es sich auch hier um einen unter Ihrer Beobachtung zustande gekommenen Vorgang, der völlig den haushaltsgesetzlichen Verabredungen und Regelungen entspricht, nach denen wir solche Entscheidungen zu treffen haben.

Ein Wort zu Ihrer Kritik an der Entwicklung seither, an der Diskussion über die weiteren Kohlehilfen, über die Anschlussfinanzierung 2006 bis 2012. Immerhin, Herr Kollege Weisbrich, es steht inzwischen außer Zweifel, dass es zu einer Degression der Kohlehilfen für das Land kommen wird. Diese Bundesregierung wird dem Land Nordrhein-Westfalen eine Degression der Kohlehilfen zubilligen. Das ist unstrittig. Es geht noch um die Höhe. Aber das ist im Grunde genommen unstrittig.

Das war es aber nicht, als der Bundeskanzler noch Helmut Kohl hieß,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

um das deutlich zu sagen. Seinerzeit ist das Land genötigt worden, an den Kohlehilfen festzuhalten, die wir zuvor finanziert hatten. Diesmal wird es anders ausgehen. Das darf ich Ihnen versprechen. Darüber wird jetzt gesprochen.

Deshalb ist der Haushalt an der Stelle offen und nennt keine Zahlen. Ja, es ist so: Die Kohlehilfen des Landes Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2006 kann man noch nicht in Euro und Cent beziffern, weil wir über die Verteilung des öffentlichen Finanzierungsplafonds noch mit Berlin verhandeln. Das wissen Sie. Das ist der springende Punkt dabei, und dabei - das will ich deutlich sagen - steht nicht in Rede, was der Bundeskanzler

als Eckdatum genannt hat, nämlich 16 Millionen t Förderung im Jahr 2012 und ein öffentlicher Finanzplafonds von 15,8 Milliarden € bis zum Jahr 2012.

Der Vollständigkeit halber darf ich zudem darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht etwa allein um das Wort des Bundeskanzlers handelt, sondern um einen Beschluss des Deutschen Bundestages, der mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Berlin gefasst worden ist. Das ist die Grundlage unserer Gespräche.

Andere Zahlen - 13 Millionen t oder welche Zahlen auch immer - sind nicht Grundlage von Gesprächen zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung. Im Übrigen gilt: Wer sie nennt, muss sich mit dem Vorwurf auseinander setzen, mit den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen leichtfertig umzugehen.

Ein Wort zum Thema erneuerbare Energien: Nordrhein-Westfalen - das will ich deutlich sagen - beansprucht einen Spitzenplatz bei den erneuerbaren Energien. Deswegen halten wir an der Förderung aus dem REN-Programm fest.

Im Übrigen, Herr Kollege Weisbrich, verrät es eine seltsam schiefe Betrachtung öffentlicher Hilfen und von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, auf der einen Seite rundweg eine Förderung erneuerbarer Energien aus dem Landeshaushalt in Abrede zu stellen, sich aber andererseits darüber zu beklagen, dass im Falle von Weeze die öffentlichen Subventionen angeblich nicht hoch genug seien.

Das müssen Sie sich hier anhören und vorhalten lassen, und das zeigt: Sie sind blind für die Zukunftsaufgaben in der Energiepolitik. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Davon lassen wir uns nicht leiten.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ein letztes Wort: Herr Kollege Papke, wenn Sie die Mittelstandsförderung gegen die energiepolitischen Maßnahmen der Landesregierung ausspielen wollen, dann sage ich Ihnen: Sie verkennen, in welchem Ausmaß die energiewirtschaftliche Tradition dieses Landes Basis für mittelständische unternehmerische Aktivitäten ist und in welchem Maße die Förderung des Landes in der Energiepolitik wiederum Chancen für mittelständische Aktivitäten bietet.

Das gilt beispielsweise bei der Brennstoffzelle, bei der Fotovoltaik, in der Bergwerkstechnologie sowie in anderen Bereichen. Lieber Herr Kollege Papke: Das ist ein Widerspruch, den Sie nicht erklären können. Das ist der Beleg dafür, dass Sie über keine Erneuerungsstrategie und über keine Innovationsstrategie für unser Land verfügen, die auf den energiewirtschaftlichen Erfahrungen sowie den Kompetenzen und dem Know-how von Menschen aufsetzt, die sich seit vielen Jahrzehnten mit Energietechnik und Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

Das machen wir anders. Deshalb bleibt es dabei: Wir regieren! Sie opponieren! - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Horstmann. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bevor ich jedoch den nächsten Bereich aufrufe, weise ich darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 15 nach Nummer 4 und über den Einzelplan 08 am Donnerstag nach Nummer 7 erfolgt.

Ich rufe **Bereich 4** auf:

Arbeit

Betroffen ist der Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4815 und die bereits zuvor genannten Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4916 - Neudruck - und 13/4917.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor dramatisch. Der Kollege Dr. Papke hat völlig zu Recht zu Beginn seines Beitrags darauf hingewiesen, dass die im Jahre 2000 vom damaligen Ministerpräsidenten versprochene Absenkung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen auf 500.000 weiter denn je von der Realität entfernt ist.

Wir haben einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, und zwar von 750.000 Ende Dezember 2000, 797.000 ein Jahr später, 844.000 im Jahr 2002 auf jetzt 880.000. Das ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen.

Ebenfalls ist richtig, dass im Grunde genommen alle diese Zahlen nur die Spitze des Eisbergs sind; denn Sie haben in den letzten Jahren nicht die Arbeitslosigkeit, sondern vielmehr die Arbeitslosenstatistik bekämpft. Das ist das, was Sie getan haben. Sie haben die Leute reihenweise in den Vorruhestand weggedrückt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Alleine die Zahl derjenigen, die über 55 Jahre alt sind und in den Vorruhestand gedrückt worden sind, beträgt in Nordrhein-Westfalen 74.500. Das heißt: Wenn wir diese Zahl realistisch berechnen, dann sind wir in Nordrhein-Westfalen ohne Über-treibung bei einer Million arbeitsloser Menschen.

Denn Sie zählen auch diejenigen nicht mit, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in Qualifizierungsmaßnahmen bzw. krank geworden sind. Diese Personengruppen werden nämlich bei Ihnen für diese Zeit nicht aufgeführt.

Also: Wir haben ein riesengroßes Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen - meine Damen und Herren, das ist eine besondere Problemgruppe - ist in dieser Zeit ebenfalls gestiegen, und zwar um ungefähr 15 %. Im Jahre des Amtsantritts des Kollegen Schartau waren es 294.000; im Dezember 2003 waren es 336.000.

Einzig die Zahl der älteren Arbeitslosen ist zurückgegangen, und zwar von 162.000 auf 100.000. Aber auch das ist nur der Statistik, nicht aber der Wirklichkeit zu verdanken.

Die Vorstellung, es würde in diesem Jahr besser, weil ein Miniwachstum angekündigt worden ist, geht doppelt in die Irre. Sie geht einmal in die Irre, weil das angekündigte Wachstum unterhalb der Wachstumsschwelle liegt, die in Deutschland notwendig ist, damit ein einziger neuer Arbeitsplatz entsteht. Das sind 2 bis 2,5 %, die wir brauchen, um Rationalisierungseffekte auszugleichen, sodass wirklich neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Wachstum von 1,4 bis 1,8 % heißt in Wirklichkeit, dass Ende 2004 in Deutschland weniger Arbeitsplätze als Anfang 2004 vorhanden sein werden.

Da Nordrhein-Westfalen nun seit 20 Jahren im Wachstum dem Durchschnitt der westdeutschen Länder um rund 0,5 % hinterherhinkt, wird die Bilanz in Nordrhein-Westfalen noch einmal schlimmer sein, als wir sie für die gesamte Bundesrepublik Deutschland annehmen müssen. Das ist die Ausgangslage, vor deren Hintergrund wir uns den Haushalt anschauen müssen.

Ich will übrigens noch eines sagen - ich erwarte, dass hier die Landesregierung von sich aus tätig wird -: Ich finde, es ist keine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, wenn der Bundeswirtschaftsminister und ehemalige Ministerpräsident Clement durch neue Manipulationen an der Arbeitslosenstatistik die Arbeitslosenzahlen nach unten drücken will. Bei der Umstellung, die Herr Clement plant, werden bundesweit 700.000 Arbeitslose weniger ausgewiesen, ohne dass ein einziger Mensch mehr Arbeit haben wird. So kann man vielleicht das Problem aus den Augen der Öffentlichkeit bekommen, aber man hilft den Menschen nicht, neue Arbeit zu finden.

(Beifall bei der CDU)

Was plant Herr Clement konkret? - Er plant z. B., dass in Zukunft Menschen, selbst wenn sie nur eine Stunde in der Woche arbeiten, nicht mehr als arbeitslos gelten. Das hätte einmal die CDU oder die FDP vorschlagen sollen, ich hätte den Aufschrei der Empörung gerne gehört. Ich fordere die Landesregierung nachdrücklich auf, dieser Manipulation der Statistik, die letztlich nur dazu dient, das Problem der Arbeitslosigkeit optisch zu verringern, aber es nicht zu lösen, zu widerstehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun auf den Haushaltsplanentwurf zu sprechen. Wir stellen zunächst einmal fest, dass die Landesregierung zwei Programme auslaufen lässt - eines hat sie bereits auslaufen lassen, eines soll noch auslaufen -, die früher immer hoch gelobt wurden und die nach meiner Überzeugung auch weiterhin notwendig sind.

Zum einen ist es das Programm BUT, also Betrieb und Träger, durch das im Durchschnitt 1.000 Jugendliche im Jahr, die schulmüde sind, die Möglichkeit hatten, anstelle des zehnten Schuljahres in Betrieben Erkundungspraktika durchzuführen und auf diese Art und Weise den Hauptschulabschluss attestiert zu bekommen. Das war die beste Vorbereitung für diese jungen Leute, um später eine Chance auf eine vollständige Ausbildung in einem Unternehmen zu haben. Dieses Programm ist im letzten Jahr ausgelaufen. Wir halten das für falsch. Das, was Sie stattdessen eingeführt haben, nämlich das Ersatzprogramm „Betrieb und Schule“, ist erkennbar voll daneben gegangen, weil die Jugendlichen nach wie vor in den Schulen geblieben sind, in denen sie ein Leben lang Misserfolgserlebnisse gesammelt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Mut haben zuzugeben, dass für einen relativ geringen Teil von Jugendlichen

Schule irgendwann nicht mehr weiterhilft. Dann müssen andere Qualifizierungsmaßnahmen greifen, und zwar je eher, desto besser. Bevor diese Jugendlichen auch im zehnten Schuljahr erfolglos sind, ist es besser, Herr Minister, dieses Programm wieder einzuführen. Wir haben es bei den Haushaltsberatungen beantragt. Es ist von der Koalition abgelehnt worden. Wir halten das für eine Fehlentscheidung.

Zweitens. Genauso kritisch sehen wir die von Ihnen vorgesehene massive Kürzung der Mittel für das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“. Das Programm war unstrittig seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen erfolgreich, um langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger mit Unterstützung in Arbeit zu bringen. Hier hat das Land einen Anstoßeffekt organisiert, und Kommunen haben in vielen Fällen mitgemacht. Die Mittel für dieses wirksame Programm sollen von 36 Millionen € im letzten Jahr auf nur noch 16 Millionen € im Jahre 2005 reduziert werden. Sie hoffen dabei auf die Wirkungen der Hartz-Reform, deren Erfolg aber heute noch kein Mensch beurteilen kann. Damit stiehlt sich das Land nach unserer Überzeugung aus der arbeitsmarktpolitischen Verantwortung gegenüber arbeitslosen Sozialhilfeempfängern und gegenüber den Kommunen. Sie benutzen also Vorschläge, die noch nicht umgesetzt sind, um sich arbeitsmarktpolitisch und bezüglich der finanziellen Verantwortung aus dem Staube zu machen. Das gilt im Übrigen für diesen Haushalt generell.

Es gab in den früheren Jahren immer eine ganze Menge an nordrhein-westfälisch spezifischen Arbeitsmarktprogrammen, auf die die Landesregierung sehr stolz war. Sie sind inzwischen dabei, sich fast ausschließlich mit einem immer geringer werdenden Teil originärer eigener Programme darauf zu konzentrieren, Programme der Europäischen Union kofinanzieren. Dabei wissen wir alle - dies hat Herr Kollege Papke vorhin zu Recht erwähnt -, dass die EU-Programme 2006, spätestens 2008 auslaufen werden und dass ihre Fortsetzung nach der Osterweiterung der EU für Deutschland, für Nordrhein-Westfalen höchst fraglich ist. Damit riskieren Sie, Herr Minister, wenn diese EU-Programme für Nordrhein-Westfalen wegfallen, bei dem Herunterführen der eigenen Programme, dass in dem Hocharbeitslosigkeitsland Nordrhein-Westfalen keine eigene originäre Arbeitsmarktpolitik mehr stattfindet. Das wäre nach unserer Überzeugung eine Bankrotterklärung auf Raten, die so nicht geschehen darf.

(Beifall bei der CDU)

Wie wenig handlungsfähig - ich sage nicht „handlungswillig“ - diese Landesregierung inzwischen auch in Detailfragen der Arbeitsmarktpolitik geworden ist, zeigt ein anderes Beispiel. Sie haben gegen unseren massiven Widerstand die Mittel für die Investition in Werkstätten für Behinderte um eine weitere Million Euro gekürzt. Auch das zeigt: Sie sind am Ende. Sie sind am Ende, weil Sie wegen Ihrer Wirtschaft- und Finanzpolitik nicht mehr das nötige Geld haben, um Politik zu gestalten - hier machen sich 20 Jahre Wachstumsrückstand bitter bezahlt -, und weil Ihnen die Ideen ausgegangen sind, meine Damen und Herren.

Sie hätten sich nur einmal die Empfehlungen der Enquetekommission „Zukunft der Erwerbsarbeit“ anschauen sollen, die in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag unter Leitung von Prof. Farthmann getagt hat. Ich habe mir zur Vorbereitung auf diese Debatte die Empfehlungen der damaligen Kommission, die ja fast fraktionsübergreifend beschlossen worden sind, angesehen.

Beispielsweise fordert die Kommission, dass das arbeitsmarktpolitische Konzept Nordrhein-Westfalens - die Kommission sagt übrigens, dass der Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen als arbeitsmarktpolitisches Sorgenkind zu charakterisieren ist - unter Berücksichtigung seiner Leitlinien in seinem spezifischen Profil weiter ausgebaut werden soll und nicht auf die EU-Programme abgestellt werden darf.

Die Kommission hat ferner gefordert, die Programme und Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik noch besser mit den strukturellen Herausforderungen des Landes zu verzahnen und Aktivitäten des Landes in den neuen Wirtschafts- und Wachstumssektoren zu fördern.

Die Kommission hat gefordert, die Anreize zur interregionalen Kooperation zu verstärken. Deswegen werden jetzt wahrscheinlich die Regionalsekretariate Stück für Stück geschlossen.

Die Kommission hat gefordert, einen Arbeitsmarktfonds zu etablieren, damit die Veräußerung landeseigenen Vermögens genutzt wird, um arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftspolitisch Initiativen und Akzente zu setzen. Nichts ist in diesem Bereich geschehen.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: Wenn Ihnen schon die eigenen Ideen ausgegangen sind, dann nehmen Sie doch bitte wenigstens das, was hier im Parlament bereits erarbeitet worden ist. Vier Jahre liegen diese Empfehlungen jetzt herum. Vier Jahre sind verstrichen, und nichts ist an den Problemen geändert worden. Wir müssen aber etwas tun. Das sind wir sowohl den

Arbeitslosen schuldig, von denen viele händeringend nach einer neuen Arbeit suchen, als auch den vielen Arbeitnehmern ---

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Arentz, Ihre Redezeit ist beendet.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Frau Präsidentin, dies ist mein letzter Satz; es ist alles im Lot. - Das sind wir auch den vielen Arbeitnehmern schuldig, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben und jeden Tag mit Angst zur Arbeit gehen.

Hier ist die Landesregierung ihrer Verantwortung für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen leider Gottes überhaupt nicht gerecht geworden. Deswegen werden wir diesen Haushalt als Dokument dafür, dass Sie ihrer politischen Verantwortung nicht gerecht werden, auch ablehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Arentz. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Vöge das Wort. Bitte schön.

Horst Vöge (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne Herrn Kollegen Arentz seit längerem. Es macht immer Freude, mit ihm zu diskutieren. Allerdings bemerke ich bei ihm durchaus zwei Abteilungen. Bis 1998 hatten wir hier einen geteilten Arbeitsmarkt. Alles, was auf Bundesebene stattfand - und wenn es sich um die miesesten Krücken handelte -, war immer gut, vorausschauend und richtig. Was hier im Land passierte, war stets schlecht.

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit im Bund dürfen wir nicht vergessen, dass sich die Arbeitslosigkeit, die wir auch hier in Nordrhein-Westfalen verzeichnen, seit 1991 systematisch aufgebaut hat. 1998/99 haben wir die Ergebnisse dieser Politik geerntet. Vor dem Hintergrund einzelner Strukturschwächen in Nordrhein-Westfalen und des noch nicht ausreichend vorhandenen Konjunkturaufschwungs ist es nicht möglich, sozusagen explosionsartig alle Arbeitslosen von der Straße hin in eine Beschäftigung zu bekommen. Das ist nun einmal nicht möglich, und das sollte man auch akzeptieren.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: NRW hat das doch selbst verursacht!)

Herr Kollege Arentz, es wäre gut, wenn Sie nicht nur verflossene Papiere interpretieren würden - an dem von Ihnen genannten Bericht waren wir beide ja beteiligt -, sondern auch einmal neuere Unter-

lagen. So hat z. B. das RWI die Landesarbeitsmarktpolitik evaluiert und im Abschnitt "Europäische Arbeitsmarktpolitik" gefragt: Wie werden Zielmittel eingesetzt? Werden sie gut eingesetzt? Müssen wir Veränderungen vornehmen? Hier gibt das RWI, das sicherlich kein sozialdemokratisches Institut ist, konkrete Hinweise, wie man in dem Haushalt, den wir für 2004/2005 zu disputieren und zu verabschieden haben, genau die richtigen Schwerpunkte setzen kann.

Wir haben hier im Land nämlich zwei veränderte Philosophien, und diesen veränderten Philosophien müssen wir auch im Haushalt Rechnung tragen. Erstens handelt es sich dabei um Hartz. Hartz haben wir auf Bundesebene gemeinsam gewollt, wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen und einer unterschiedlichen Herangehensweise im Vermittlungsausschuss.

Dann kann man doch nicht jetzt sagen: Der Landeshaushalt hat Hartz nicht zu akzeptieren; was der Bund macht und was wir in anderen Ländern machen, in denen wir Verantwortung tragen - so werden beispielsweise in Hessen ganze Sozialstrukturen ohne Ersatz und ohne Übergang weggefeht -, interessiert uns nicht; hier in Nordrhein-Westfalen müssen wir eine Parallelstruktur aufbauen. - Das heißt: Hartz soll auf Bundesebene bis hinunter in die Regionen umgesetzt, aber gleichzeitig mit Mitteln der Landesarbeitsmarktpolitik eine Parallelstruktur aufgebaut werden.

So etwas geht nicht. Deshalb müssen wir die Landesarbeitsmarktpolitik im Übergang diskutieren und auch im Übergang finanzieren. Landesarbeitsmarktpolitik bedeutet: Wenn es richtig ist, dass die Personal-Service-Agenturen greifen sollen, dass wir im Februar über die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe reden, dass wir über die Schaffung von JobCentern - ungefähr 160 in Nordrhein-Westfalen - diskutieren und dass JobCenter natürlich auch Aufgaben übernehmen, die bisher von den Kommunen und dem Land wahrgenommen wurden, dann hat das natürlich auch Folgen für den Landeshaushalt dahin gehend, dass man bestimmte Gelder für bestimmte Strukturen nicht mehr einsetzt.

Die schwierige Haushaltssituation in Nordrhein-Westfalen ist der zweite Grund dafür, dass wir passgenauer hinsehen. Das ist auch nicht schlimm; manchmal sind schwierige Situationen durchaus gut, um präziser hinzusehen und die Entwicklung für die Zukunft zu begreifen. Wie gesagt, werden wir mittelfristig den Rückzug aus vielen Bereichen formulieren und im Haushalt auch berücksichtigen, an welchen Stellen JobCenter die Aufgaben wahrnehmen.

Dort, wo Lücken im Engagement und Lücken für die Arbeitslosen in unserem Land bestehen, müssen wir in diese Lücken hinein und sie ausgleichen. Genau das tut dieser Haushalt sehr wohl.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nein!)

- Herr Kollege Arentz, vielleicht haben Sie ja die zweite Ergänzungsvorlage nicht gelesen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Doch!)

Wenn Sie sie gelesen haben, dann ist Ihre Behauptung, dass Arbeitslosen- statt Sozialhilfe nicht weiter finanziert werde, einfach nicht stimmig. Die Übergänge sind erweitert worden. Es sind zusätzliche Gelder bereitgestellt worden, damit bei Hartz IV, das erst ab 1. Januar 2005 greifen wird, die Übergänge präziser und besser dargestellt werden. Das gilt auch für "Jugend in Arbeit".

"Jugend in Arbeit" ist im Übrigen - das haben Sie durchaus richtig dargestellt - ein Erfolg. Im letzten Jahr konnten wir 7,6 % weniger jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren verzeichnen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren. Darauf können wir durchaus stolz sein.

Wir haben neue Schwerpunkte. Dazu sind in der Zweiten Ergänzungsvorlage zusätzliche Gelder für die Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten bereitgestellt worden. Es handelt sich dabei um Kofinanzierungen gemeinsam mit der EU in Höhe von 195 Millionen € plus 238 Millionen €. Ich halte dies für einen guten Ansatz.

Verbesserung der Gesundheitsbedingungen - das ist auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig -, Verbesserung der Arbeitsorganisation, Verbesserung der Arbeitszeitregelung, Kompetenzentwicklung, also Qualifizierung, und Beschäftigungstransfer sind Stichworte, die wir schon in der Vergangenheit diskutiert haben. Ich finde es gut, dass die Landesregierung hier einen Schwerpunkt gesetzt hat; denn das ist, wie ich finde, ein Stück weit ein Zukunftsprogramm.

Zusätzlich ist für uns die Frage wichtig: Wie können Beschäftigte wettbewerbsfähig bleiben? Sie sollten nicht erst arbeitslos werden, sondern wettbewerbsfähig gemacht werden, wenn sie in den Betrieben sind. Deshalb ist es wichtig, dass entsprechende Ansätze vorhanden sind. Das ist eine gute präventive Arbeitsmarktpolitik, die zu den entsprechenden Politikfeldern gehört.

Es ist auch gut, dass wir ein zusätzliches schwerpunktmäßiges Politikfeld haben. Es betrifft die Frage: Wie können wir Schwerbehinderte wieder in den Arbeitsmarkt hineinbringen? Hier ist durch

die Verlagerung der Schwerbehindertenausgleichsabgabe von der Bundesagentur hin zu den Landschaftsverbänden ein Schwerpunkt gesetzt worden. Da auf diese Weise Gelder zusammengefasst worden sind, hilft das zwischen 30.000 und 40.000 Menschen. Es gehört auch mit zu der Struktur, die im Haushalt dargestellt wird, dass hier zielgruppenmäßig Gelder bereitgestellt werden. Ich glaube, dass wir hier ausgesprochen positive Ansätze haben.

Kollege Arentz, zur Frage Behinderte und Werkstätten: Die Gelder sind nicht in dem Sinne weggestrichen worden, sondern verschoben worden. Teilweise wurden Gelder auch nicht abgerufen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie können doch nicht sagen, dass da nichts fehlt!)

Von daher halte ich Ihren Einwurf nicht für gravierend, sondern sage: Hier ist eine Streckung der Gelder vorgenommen worden, aber insgesamt ist das bei der Haushaltssituation durchaus tragbar.

Da ist weiterhin die Frage des Übergangs von der Schule in die Ausbildung sowie vom Betrieb zur Schule, also BUS. Dieses System befürworten wir auch, obwohl es nur ein Segment für rund 900 Jugendliche ist. Ich glaube, es waren keine 1000; das ist aber auch gleich. Es ist nur ein Segment, wenn ich den gesamten Bereich betrachte - sicherlich ein gutes, aber auch ein teures Segment. Die Gelder sind nicht da. Also werden wir mit daran arbeiten, BUS weiterzuentwickeln, damit insbesondere das Klientel, das in BUT war, von BUS profitieren kann.

Die Förderstruktur mit 14 oder 15 Arbeitsmarktreregionen ist der richtige Ansatz. Wir hatten teilweise Regionalkonferenzen und Regionalsekretariate, die nur über etwas mehr als 600.000 € entscheiden haben. Da kommen die ein- oder zweimal im Jahr zusammen und entscheiden über 600.000 €. Hier ist es besser und zielgerechter, größere Einheiten zu schaffen. Über die Struktur werden wir uns hier im Plenum oder im Ausschuss noch unterhalten.

Wir selber haben noch eigene Anträge eingebracht. Diese eigenen Anträge betreffen insbesondere die Dienstleistungsagentur. Wenn ich die Diskussion über Schwarzarbeit einbeziehe, dann glaube ich, dass die Dienstleistungsagentur der richtige Ansatz war und es sinnvoll war, dass wir ihn in den Haushalt hineingebracht haben.

Auch die Frage Beratungsstellen für Langzeitarbeitslose ist ein wichtiger und richtiger Ansatz, den wir als Koalition eingebracht haben; denn Langzeitarbeitslose, insbesondere ältere Lang-

zeitarbeitslose, werden von der Bundesagentur vernachlässigt. Hier brauchen wir eine Beratungsstruktur. Und da sagen wir: Ja, wir wollen ungefähr 50 Beratungsstellen schaffen, und wir brauchen dazu im Bereich der Arbeitsmarktpolitik als wichtige Gesellschaft die G.I.B. Den entsprechenden Ansatz wollen wir um 250.000 € erhöhen.

Zwei letzte Sätze! Zur Jugendarbeitslosigkeit: Wir unterstützen massiv den Ausbildungskonsens. Wir glauben, das ist eine gute Richtung.

Und der allerletzte Satz! Mit dem Haushalt der Landesregierung und den Ergänzungen, die die Koalitionsfraktionen gemacht haben, kann ich nur feststellen: Arbeitsmarktpolitik - insbesondere für die, die ihre Beschäftigungsfähigkeit erhalten wollen, für die, die Schwächen in ihrer Struktur haben, nämlich für Arbeitslose, für Langzeitarbeitslose - ist immer noch und bleibt weiterhin Schwerpunkt in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Vöge. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Nordrhein-Westfalen hat das schwärzeste Jahr seit Bestehen des Landes hinter sich“, beschreibt die „Rheinische Post“ am 9. Januar die Lage auf dem Arbeitsmarkt unseres Landes. Die Analysen der anderen Blätter zeichnen ein ähnlich düsteres Bild.

Der Kollege Arentz hat gerade schon gesagt: In diesem Land sind ca. 1 Million Menschen ohne Arbeit. Das sind nicht nur 1 Million Einzelschicksale, sondern dazu kommen ganze Familien, die um ihre Existenz bangen. Und das, meine Damen und Herren, ist eine Katastrophe. Herr Sagel hat vorhin gemeint, das sei hier alles nicht so schlimm. Ich finde, das ist eine Katastrophe. Die Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung ist gescheitert.

(Beifall bei FDP und CDU)

Mit dem Prinzip Hoffnung, dass die Umsetzung der Hartz-Gesetze das Blatt nun wenden wird, ist diese Misere nicht zu bewältigen, Herr Minister Schartau. Im Gegensatz zum Kollegen Werner Bischoff sehe ich keinen Hoffnungsschimmer darin, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Land zurzeit etwas geringer ausfällt, sondern für mich wäre es erst ein Hoffnungsschimmer,

wenn die Arbeitslosigkeit in diesem Land tatsächlich zurückginge.

Ich will dieses Land nicht schlecht reden, meine Damen und Herren, denn ich weiß, dass sehr viel Potenzial in den Menschen hier steckt, insbesondere in den Menschen im Ruhrgebiet. Dort ist die Lage ja besonders dramatisch: Ganze Innenstadtbereiche veröden. Leerstehende Ladenlokale reißen sich aneinander. Und die Einzigen, die überhaupt noch Geschäfte machen, sind die Schnäppchenmärkte. Wer mit offenen Augen durch die Städte des Ruhrgebiets geht, der kann hautnah spüren, welche Resignation und Zukunftsangst die Menschen erfasst hat. Und weil im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, ist durch die Reformbeschlüsse der Bundesregierung dort in diesem Jahr mit einem noch weiteren Kaufkraftverlust zu rechnen, was weitere Pleiten und den Abbau von Arbeitsplätzen nach sich ziehen wird.

Nach einer Mitteilung der Creditreform Bochum vom Montag sind allein in Bochum im letzten Jahr 295 Firmen in die Insolvenz gegangen. Das sind 30 % mehr als im Jahr zuvor. Die Creditreform Bochum rechnet im gesamten Ruhrgebiet in diesem Jahr mit einer Steigerung der Insolvenzen um ein Drittel. Das wären 2728 neue Pleiten.

Meine Damen und Herren, wer ohnehin schon mit wenig Geld über die Runden kommen muss, der muss die 10 € Praxisgebühr beim Besuch des Arztes und des Zahnarztes und die hohen Medikamentenzuzahlungen und die Kosten für die Brille bei anderen Konsumgütern einsparen. Geiz ist nicht mehr nur geil. Den Menschen fehlt schlicht das Geld zum Ausgeben, oder sie legen es auf die hohe Kante, weil sie nicht wissen, ob nicht auch sie morgen ihren Arbeitsplatz verlieren.

Der Stellenabbau wird weiter gehen; darüber sind sich die Experten einig. In Wattenscheid schrumpft sich gerade Steilmann gesund und hat vielen Beschäftigten die Kündigung schon unter den Weihnachtsbaum gelegt. 320 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden hier ihren Arbeitsplatz verlieren. In Aachen hat Philips dichtgemacht. Im Bereich der Dienstleistungen bei Banken und Versicherungen kann mit weiterem Beschäftigungsabbau gerechnet werden. Auch die Autoindustrie, z. B. Opel - dann wäre wieder Bochum betroffen - und Ford, kränkelt vor sich hin.

Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung verlor Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr 115.000 versicherungspflichtige Arbeitsplätze. Für 2004 sieht das RWI in

Nordrhein-Westfalen weitere 15.000 Arbeitslose mehr voraus. Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt, Herr Schartau, kann ich bei allem Optimismus nicht erkennen.

Die Umsetzung der Hartz-Gesetze geht nicht von heute auf morgen, und nicht alles, was dort geschrieben steht, bringt wirklich mehr Menschen in Beschäftigung, meine Damen und Herren. Zurzeit soll es laut Bericht der "Rheinischen Post" vom 9. Januar z. B. 221 Personal-Service-Agenturen in diesem Land geben. Sie sollen 9.100 Arbeitslose eingestellt haben. Von diesen sollen 1.300 vermittelt worden sein. Ihre Antwort vom 1. Oktober letzten Jahres, Herr Minister Schartau - das ist noch nicht lange her -, auf meine Kleine Anfrage zu diesem Thema nennt ganz andere Zahlen. Danach soll es landesweit 196 PSA mit insgesamt 8.040 eingerichteten Arbeitsplätzen geben, von denen 4.880 besetzt sind. Aber nur 200 PSA-Angestellte sollen zu dieser Zeit in ein festes Arbeitsverhältnis vermittelt worden sein. Mir scheinen diese Zahlen nicht ganz zusammenzupassen.

Die Antwort auf meine Frage, wie viele festangestellte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den privatwirtschaftlichen Zeitarbeitsfirmen durch die Arbeit der PSA in Nordrhein-Westfalen ihren Arbeitsplatz durch Stellenabbau verloren haben, bleibt Ihr Ministerium, Herr Schartau, schuldig. Ich persönlich kenne mehrere Zeitarbeitsfirmen, die wegen der Dumping-Angebote der PSA ihre Arbeit ganz einstellen mussten, und ich weiß, dass viele andere privatwirtschaftliche Zeitarbeitsfirmen massiv Arbeitsplätze abbauen mussten, weil sich die Arbeit durch die neuen Gesetze nicht mehr gelohnt hat.

Dank der Ich-AGs ist in Nordrhein-Westfalen inzwischen ein Existenzgründungsboom ausgebrochen. Laut einer Meldung der WAZ vom 10. Januar konnten sich von den hier gegründeten 15.000 Ich-AGs - das ist schon etwas - immerhin 14.700 über Wasser halten. Das RWI will aber nur von 12.000 geförderten Ich-AGs in unserem Land wissen. Verglichen mit den 92.800 Gründungen bundesweit ist dies ein ausgesprochen durchschnittliches Ergebnis für unser Land. Ob diese Kleinstunternehmen wirklich Bestand haben werden - ich persönlich würde mir das sehr wünschen -, wenn die Fördergelder jetzt drastisch zurückgefahren werden und nur noch für die Sozialversicherung reichen, wird sich zeigen müssen.

Die Mini-Jobs, auch einmal als Ausstiegsmöglichkeit aus der Arbeitslosigkeit und der Sozialhilfe gepriesen, werden hauptsächlich als steuer- und abgabenfreies Ergänzungseinkommen von Schülern, Studenten, Hausfrauen und als Zweitjob ge-

nutzt. Das ist auch okay so. Für Sozialhilfeempfänger würde sich ein solcher Job aber gar nicht lohnen, weil zumindest im Moment der Verdienst gleich wieder von der Sozialhilfe abgezogen würde.

In diesem Jahr stehen die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und der Umbau der Arbeitsämter zu den so genannten JobCentern auf dem Programm. In freudiger Erwartung auf das segensreiche Wirken dieser Mammutbehörde wurde nun vom Ministerium die Förderung der Arbeitslosen drastisch reduziert. Doppelzuständigkeiten und Doppelförderung zu vermeiden, Herr Schartau, macht Sinn - das stimmt. Keinen Sinn macht es aber, bei den erfolgreichen Programmen zu sparen, die benachteiligten schulmüden Jugendlichen den Weg ins Arbeitsleben ebnen sollen. Die FDP hat deshalb beantragt, das Programm "Betrieb und Träger" wiederzubeleben und mit den dafür notwendigen Mitteln auszustatten. Dass Rot-Grün dies abgelehnt hat, ist für uns unverständlich.

Keinen Sinn macht es auch, bei dem beklagenswerten Lehrstellenmangel die Förderung der überbetrieblichen Ausbildungslehrgänge zu reduzieren. Wir werden diesen Antrag deshalb heute noch einmal zur Abstimmung stellen. Dass Rot-Grün auch diesen Antrag abgelehnt hat, zeigt, wie wichtig diesen Parteien die Förderung junger Menschen wirklich ist.

Statt das knappe Geld sinnvoll auszugeben, werden so unsinnige Unternehmen wie z. B. die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung, die ich immer durch den Infodienst beobachte, sogar noch mit zusätzlichen Mitteln beglückt. Es ist nicht Aufgabe eines Landes, meine Damen und Herren, eine eigene Unternehmensberatungsfirma zu unterhalten; nichts anderes ist die G.I.B. Es ist auch nicht Aufgabe eines Landes, Anteile an einer Zeitarbeitsfirma zu halten.

(Beifall bei der FDP)

Warum das Land ausgerechnet die Technologieberatung des Deutschen Gewerkschaftsbundes fördern muss, ist mir ehrlich gesagt auch schleierhaft. All diese Gelder würden besser zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen eingesetzt, um sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Meine Damen und Herren, die beste Arbeitsmarktpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Selbst die effektivste Arbeitsvermittlung muss scheitern, wenn es überhaupt keine Arbeitsplätze gibt, in die vermittelt werden kann.

Sehr geehrter Herr Minister Schartau, ich wünsche Ihnen schon aus Liebe zu diesem Land für die Zukunft viel Glück bei der Bewältigung der Arbeit als Wirtschafts- und Arbeitsminister. Aber ich bezweifle immer mehr, dass Sie in der Zeit, die Ihnen noch als Minister bleibt, die Kraft haben werden, den Karren wirklich aus dem Dreck zu ziehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Dreckmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Arentz, ich fand in Ihrem Redebeitrag schon spannend, dass Sie recht treffend die weitaus zu hohe Arbeitslosigkeit als Problem beschrieben haben.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Steigend!)

Ich fand aber auch wieder typisch, dass Sie überhaupt nicht auf Ihre Lösungsansätze und darauf, welchen Weg Sie eigentlich gehen wollen, eingehen; sondern sagen: "Rot-Grün macht alles falsch und schrecklich", und nicht ehrlich zu Ihren Antworten stehen. Ich fand es auch erstaunlich, dass ein Stück weit der Eindruck entstanden ist, dass Hartz so, wie es gerade beschlossen worden ist, allein der Punkt einer rot-grünen Koalition im Bund war, als ob es überhaupt keinen Vermittlungsausschuss gegeben hätte.

Ich finde, Sie müssen an dieser Stelle klar und offen sagen, was Sie denn eigentlich vertreten haben. Uns geißeln Sie, wir würden in bestimmten Programmen weniger Geld einsetzen, wir würden in Nordrhein-Westfalen zu wenig für die Arbeitsmarktpolitik machen.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Sie haben hier doch eine Bundesrede gehalten, und deswegen muss ich auf Sie eingehen. Herr Arentz, ich habe die Zeit gestoppt. Sehen Sie doch einmal im Protokoll nach, wie lange Sie über den Bund geredet haben. Sie können sich gern zu Wort melden, wenn Sie eine Frage haben.

Sie haben im Bund klar vertreten, dass man eigentlich keine Programme und keine Maßnahmen mehr braucht, um Menschen zu qualifizieren. Sie haben nämlich vertreten, dass man die Zumutbarkeit heruntersetzt, dass jeder Job perspektivisch zumutbar sein soll, dass jede Arbeit zu jedem Lohn angenommen werden muss. Und dann geißeln Sie uns hier an dieser Stelle!

Sie haben auch abgelehnt, dass es im Bund eine Diskussion über einen Mindestlohn gibt. Damit haben Sie einen Zug ins Rollen gebracht, der eine qualitativ extreme Verschlechterung für alle Erwerbslosen mit sich bringen wird, der ein Problem für den gesamten Arbeitsmarkt darstellen wird, der Lohndumping zur Folge haben wird. Wir sehen das jetzt schon in Kommunen wie in Köln, wo Menschen Leiharbeitsverträge zu 2,50 € und 1,95 € pro Stunde abschließen, nicht bei PSAs, sondern bei Agenturen. Da glauben Sie doch nicht im Ernst, dass von Ihnen weiterhin vertreten würde, dass es Maßnahmen gibt.

Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen bisher eine klare und deutliche Arbeitsmarktpolitik gefahren und werden das auch weiterhin tun, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, aber eine Arbeitsmarktpolitik, die sich um Langzeitarbeitslose und um Zielgruppen kümmert, die sich mit den Problemen von Frauen und von Menschen mit spezifischen Problemen auseinander setzt, und die diesen genannten Gruppen Hilfen und Angebote zur Verfügung stellt. Aber wir werden sehen müssen, was die neue Rolle des Landes vor dem Hintergrund der Bundespolitik sein wird. Deswegen kann man das an dieser Stelle auch nicht voneinander trennen. Wir werden sehen, wann das Hartz-Konzept greifen wird.

Deswegen, Herr Arentz, ist doch klar, dass, wenn ab 2005 neue gesetzliche Regelungen gelten und dann Schritte eingeleitet werden, man sehen muss, wo die neue Rolle des Landes ist, was unsere Aufgabe ist. Denn keiner will, dass man Sachen doppelt macht. Es wäre auch absolut daneben, dass man an zwei Stellen verschiedene Sachen macht.

Trotzdem glaube ich, dass wir im Laufe des kommenden Jahres sehen müssen, wie sich die Hartz-Gesetzgebung auswirken und konkretisieren wird. Werden Kommunen in Nordrhein-Westfalen von dem Optionsrecht Gebrauch machen? Wie viele Kommunen werden das sein? Wird es dann eine Stärkung einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik geben müssen? Das werden wir ganz genau beobachten müssen.

Vor diesem Hintergrund werden wir auch darüber diskutieren müssen, wie die neue Struktur der Arbeitsmarktpolitik aufgebaut werden soll. Macht es einen Sinn, die Regionalisierung zu vergrößern und in welchen regionalen Zuschnitten? Das wird eine Diskussion sein, die man dann ganz genau an der Situation ausgelegt führen muss und die man jetzt nicht abstrakt führen kann, weder in die eine noch in die andere Richtung.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt eingehen. Sie haben im Fachausschuss überhaupt keine Änderungsanträge gestellt. Sie haben im Fachausschuss die Diskussion gescheut. Sie haben jetzt Anträge in einem ganz kleinen Rahmen vorgelegt, was auch inhaltlich wirklich nicht viel ist. Sie fordern hier - und das ist interessant - als einen wesentlichen Punkt Ihrer Anträge die Zuschüsse für Baumaßnahmen für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen.

Herr Arentz, ich halte das für einen ganz platten Versuch der Ablenkung von dem, was Sie in dem Bereich "Menschen mit Behinderungen" vor kurzer Zeit hier im Plenum in der Debatte über das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen aus Ihrer Fraktion vorgebracht haben, nämlich einen Antrag, in dem Sie die Menschen mit Behinderungen eigentlich überhaupt nicht ernst genommen haben, wo Sie deren Wünsche - vom Verbandsklagerecht über Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen und Zielvereinbarungen - abgelehnt haben, mit der Begründung, das sei zu teuer.

(Zuruf von Hermann-Josef Arentz [CDU])

Und jetzt stellen Sie einen Änderungsantrag, wir sollten die Mittel für Baumaßnahmen für Werkstätten aufstocken. Dabei ist klar, dass das Geld nicht gestrichen ist, sondern dass die Baumaßnahmen über einen bestimmten Zeitraum gestreckt werden. Ich halte das für einen absoluten Ablenkungsantrag. Denn die Menschen mit Behinderungen haben hier rund um das Gleichstellungsgesetz ganz andere Forderungen und Erwartungen formuliert. Wenn Sie zum Wahlrecht in den Kommunen für Menschen, die sehbehindert sind, sagen, die Schablonen seien zu teuer, dann halte ich es für eine Farce, wenn Sie, die Sie die paar Euro dafür nicht übrig haben, hier jetzt mit solchen Summen für Maßnahmen um sich schmeißen, die jetzt gar nicht so notwendig sind wie andere Maßnahmen.

Ich möchte noch auf andere Punkte eingehen. "Jugend in Arbeit" reduzieren, BUS aufstocken. Sie wissen, dass wir einer Meinung gewesen sind, dass es wichtig ist, ein Angebot für schulmüde Jugendliche zu haben, das jenseits ihrer Schule erfolgt - da sind wir nach wie vor einer Meinung -, weil ich glaube, dass man Jugendliche, die in ihrer Schule negative, zum Teil fast traumatisierte Erfahrungen gemacht haben, nicht in diesen Schulort zurückzwingen kann. Trotzdem glaube ich, dass wir im Rahmen des Programms BUS - und das ist von vielen Seiten gefordert worden - darüber diskutieren müssen, wie wir das denn erreichen. Wir müssen ein Angebot haben. Und genau

diesen Haushaltsvermerk haben wir als Koalitionsfraktionen auch so formuliert und werden auch konzeptionell unsere Ideen vorlegen. Wir wollen, dass die Jugendlichen erreicht werden. Wir kleben aber nicht an Namen und an Strukturen, sondern wir wollen die Probleme lösen und nicht nur plakativ mit Schlagworten irgendwie öffentlich auftreten.

Sehen wir uns an, was wir in diesem Haushalt bewegt und verändert haben: Wir haben als Koalitionsfraktionen ganz klar auch bei der Arbeitsmarktpolitik gesagt - trotz Hartz; wir wissen, Hartz läuft im kommenden Jahr noch nicht -, wir wollen weiter für Langzeitarbeitslose Maßnahmen anbieten, wir wollen, dass für diese Menschen Angebote geschaffen werden und nicht nur Niedriglöhne und die Zwangsverpflichtung zur Arbeit greifen. Wir wollen den Menschen Angebote machen. Das haben wir als Koalitionsfraktionen beantragt, dazu gab es von Ihrer Seite überhaupt keine Anträge.

Wir haben auch gesagt: Wir wollen, dass es weiterhin Strukturen gibt, nämlich Arbeitslosenzentren, dass diese unterstützt werden, dass die Menschen Ihre Hilfen haben. Dazu haben wir Anträge gestellt. Sie haben dazu keine Anträge gestellt. Von daher, Herr Arentz tun Sie hier so, als ob Sie wesentliche, die Welt verändernde Punkte beantragt hätten. Ihre Anträge waren, wie gesagt, im Grunde nur Ablenkungsmanöver von den fehlenden eigenen Konzepten und Positionen.

Letzter Punkt. Ich hatte das Gefühl, dass Sie sich zwar viel mit der Bundespolitik beschäftigt, die zweite Ergänzungsvorlage aber nicht wirklich gelesen haben. Ansonsten hätten Sie nämlich gesehen, dass gemäß der zweiten Ergänzungsvorlage im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ganz klar ein erhebliches Plus vorgesehen ist. Im Zeitraum von 2004 bis 2008 soll es zusätzliche ESF- und Komplementärmittel in Höhe von 433,3 Millionen € geben.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ohne Gegenfinanzierung!)

Das ist eine gigantische Summe, die in Nordrhein-Westfalen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

Es ist klar, dass damit unterschiedlichste Bereiche gefördert werden sollen, z. B. die Verbundausbildung, die uns allen insbesondere für die kleinen Unternehmen am Herzen liegt. Daneben sollen dadurch auch Mittel für die Zielgruppenförderung - insbesondere für die Förderung von Schwerbehinderten - zur Verfügung gestellt werden. Dazu kann ich nur sagen: Sie stellen Werkstätten, in denen Behinderte beschäftigt sind, zwar an die erste Stelle, fordern aber nicht die wirkliche Integ-

ration von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt. Ich denke, deshalb ist Ihr Konzept nicht im Interesse der Menschen, die es letztendlich betrifft.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Von daher, Herr Arentz: Sie haben zwar viel kritisiert, aber nichts aufgezeigt, aufgrund dessen deutlich wird, dass Ihre Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen die Lage der Menschen in unserem Land positiv gestalten oder verbessern würde.

Ich denke, die Koalition ist nicht nur auf einem richtigen, sondern auf einem sehr guten Weg, wenn auch die Zahl der Menschen ohne Arbeit natürlich viel zu hoch ist. Wir werden weiterhin alles Mögliche dafür tun, um diese Zahl zu senken und den Menschen dabei zu helfen, sich weiter zu qualifizieren. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. - Das Wort hat der Minister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Schartau. Bitte schön.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte insbesondere zu folgenden Punkten noch einige Bemerkungen machen:

Zunächst komme ich zur Arbeitsmarktpolitik und zum Arbeitsmarkt im Übergang: Wir in Nordrhein-Westfalen können zu Recht darauf verweisen, dass wir in den vergangenen Jahren Konzeptionen und Ideen zu speziellen Problemen auf dem Arbeitsmarkt vorgelegt und mit den Praktikern vor Ort Modellmaßnahmen und Projekte durchgeführt haben, die zeigen, wie in Not geratene Menschen reaktiviert und arbeitslose Menschen wieder auf die eigenen Beine gestellt werden können und wie vieles durch spezielle Ideen und eine besondere Betreuung wieder zum Guten gebracht werden kann.

Diese Modellprojekte wollen wir zunehmend zur regelmäßigen Praxis in Deutschland werden lassen. Deshalb haben wir ein ganz besonderes Engagement an den Tag gelegt, um bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene die entsprechenden Akzente zu setzen.

Wir befinden uns jetzt im Übergang. Wir haben die schwierige Phase hinter uns zu bringen, in der auf der einen Seite viele Anregungen aus Nordrhein-Westfalen in das Regelwerk auf Bundesebene aufgenommen wurden und wir uns auf der

anderen Seite nach der Implementierung dieser Maßnahmen sukzessive aus den eigenen Projekten zurückziehen können. Dies tun wir auch guten Gewissens.

Dazu haben wir insbesondere bei erfolgreichen Programmen des Landes Übergänge organisiert und für diese finanzielle Vorkehrungen getroffen. Nun stehen wir vor der Frage, in welchen Aspekten wir zukünftig neue Akzente setzen und in welchen Bereichen wir mit neuen Ideen arbeiten wollen, die alle eines im Sinn haben, nämlich Menschen, die in prekäre Situationen geraten sind, möglichst schnell wieder auf die eigenen Beine zu bringen bzw. durch präventive Maßnahmen dazu beizutragen, dass sie erst gar nicht in diese Situationen kommen.

Wie es bei allen Reformen sein sollte, so ist es ganz besonders in Nordrhein-Westfalen: Mit der Verabschiedung eines Reformgesetzes verabschieden wir uns nicht selbst. Wir behalten die notwendige Sensibilität, um im Übergang zu prüfen, ob diese Reformen auch funktionieren. Wir werden es nicht kaschieren, wenn sie nicht funktionieren und nachjustiert werden muss, sondern wir werden das laut und deutlich sagen und uns für die notwendigen Veränderungen einsetzen.

Die Instrumente, die im Rahmen der Hartz-Reform sukzessive in die Praxis umgesetzt werden, werden dazu beitragen, dass der Arbeitsmarkt schneller wird und arbeitslose Menschen eine intensivere Betreuung erhalten, dass aber auch die Frage ganz eindeutig beantwortet wird, wie weit Solidarität geht und wie weit der oder die Einzelne einen eigenen Beitrag zu leisten hat, um aus dieser Situation wieder herauszukommen.

Die nächste Phase sieht so aus: Wir bereiten die Jobcenter in Nordrhein-Westfalen vor. Monate der Arbeit liegen nun vor uns, die wir nicht nutzlos verstreichen lassen. Wir werden diese Jobcenter mit den Engagierten in der Arbeitsverwaltung, in den Kommunen und Kreisen, in den Initiativen und in den Wohlfahrtsverbänden, die sich mit den Problemen der Menschen ohne Arbeit auskennen, so vorbereiten, dass sie am 1. Januar 2005 ihre Arbeit vollständig aufnehmen können.

Wir haben unsere Augen auch für die Probleme offen, die ganz unabhängig von diesen Arbeitsmarktp Problemen zukünftig angepackt werden müssen. Es ist vollkommen verständlich, dass in diesem Zusammenhang das spezielle Augenmerk hier im Parlament und in den Ausschüssen auf junge Leute gelegt wird, die man landläufig als schulmüde bezeichnet und die, wenn nichts unternommen wird, einen schwierigen Start ins Ar-

beitsleben haben werden. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Ich verstehe die kontroverse Diskussion zu den Themen BUS und BUT so, dass aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit ein großes Interesse daran besteht, in Nordrhein-Westfalen in Zukunft eine Initiative zu erhalten, die sich beim Übergang in das Arbeitsleben - dort wird der Erfolg gemessen - in aller Breite und mit großem Erfolg einsetzt, sodass wir den jungen Leuten helfen, einen guten ersten Schritt nach vorne zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu einer Anmerkung von Herrn Arentz sagen. Es geht noch einmal um die Arbeitsmarktstatistik. Ich habe meine Position hier schon mehrmals dargestellt. Ich habe nichts dagegen, dass auch die deutsche Arbeitslosenstatistik zum Zwecke der internationalen Vergleichbarkeit ergänzt wird.

(Beifall von Horst Vöge [SPD])

Ich habe aber auch volles Verständnis dafür, wenn die beiden Dinge aus politischen Gründen nebeneinander gestellt werden, um sowohl die Vorhaben derer, die alte Vergleiche anstellen wollen, als auch derer, die auf internationaler Ebene vergleichen wollen, zu ermöglichen. Ich halte aber schlechterdings überhaupt nichts davon, die Probleme über die Arbeitslosenstatistik wegzudeklinieren.

Es geht in der Arbeitspolitik eines Landes im Strukturwandel zwar wesentlich, aber nicht nur um die Frage, wie man vor der Arbeitslosigkeit schützen und die Menschen, die in die Arbeitslosigkeit geraten sind, möglichst schnell aus dieser wieder herausbekommen kann.

Arbeitsmarktpolitik muss auch den Strukturwandel berücksichtigen sowie die zukünftigen Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vor allen Dingen den demographischen Wandel im Auge haben. Deshalb wird in unserer Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre ein großes Augenmerk darauf gelegt, dass wir uns ganz besonders dafür engagieren, dass Menschen die Möglichkeit erhalten, bis zum normalen Renteneintrittsalter im Betrieb bleiben zu können. Das setzt voraus, die Arbeitsbedingungen entsprechend unter die Lupe zu nehmen, vor allen Dingen in den Regionen, in denen über Vorruhestandsregelungen sozialverträglicher Personalabbau betrieben worden ist.

Wir brauchen in den Unternehmen eine Initiative, die darauf angelegt ist, angefangen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen einschließlich der

Arbeitszeiten und ähnlichem mehr die Vorkehrungen zu treffen, dass Menschen ganz normal bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können. Wir werden neue Sozialpläne brauchen, die eine vollkommen andere Ausrichtung haben. Außerdem müssen wir uns ganz offensiv und über alle Parteigrenzen hinweg in der Öffentlichkeit ganz vehement aufstellen, wenn Diskussionen geführt werden, in denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit zunehmendem Alter abnehmende Kompetenz oder Arbeitsfähigkeit unterstellt werden. Wir müssen eine Lanze für die Älteren brechen.

(Beifall von Horst Vöge [SPD])

Darüber hinaus halte ich es für extrem wichtig, dass in einem Land, in dem Pragmatismus gern gesehen wird, lebensbegleitendes Lernen in der Arbeitswelt zu einem Thema zu machen, unter dem sich jeder etwas vorstellen kann, indem es entsprechende praktische Beispiele gibt, Kooperationen mit Unternehmen, Tarifparteien und Fachleuten der jeweiligen Richtung. Ich halte diese Arbeit für außerordentlich wichtig, um die entsprechenden Übergänge hinzubekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre durch entsprechende EU-Mittel unterstützt mit dem Augenmerk auf Ausbildung und darauf, dass die Menschen auf eigenen Beinen stehen und Geld verdienen wollen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können, gegen Widerstände antreten muss, die mit der demographischen Entwicklung in der Gesellschaft, mit dem Älterwerden und mit Ausgrenzungen zu tun haben. Eine solche Arbeitsmarktpolitik muss sich im Strukturwandel bewähren. Vor uns liegen viele Aufgaben. Packen wir deren Lösung an.

(Beifall bei der SPD und von Ewald Groth [GRÜNE])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Die Abstimmung über den Einzelplan 15 haben wir wegen der abstimmungsfreien Zeit verschoben. Vorgesehen ist, diese Abstimmung nach der Erledigung des Bereichs 7 - Wissenschaft und Forschung - nachzuholen. Damit ist dieser Bereich durchdiskutiert.

Ich rufe **Bereich 5** auf:

Gesundheit und Soziales

Angesprochen ist der Einzelplan 11 des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 und den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923.

Zum Bereich 5 erteile ich dem Kollegen Henke von der CDU-Fraktion das Wort.

Rudolf Henke (CDU): Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 11, über den wir jetzt sprechen, repräsentiert die Zuständigkeit des Landes für die Gesundheitsberufe und die Krankenhäuser, für die Gesundheitspolitik des Landes insgesamt und die Zuständigkeit für alle Präventionsanstrengungen. Der Einzelplan 11 repräsentiert die Sicherung und Behandlung psychisch kranker Straftäter im Maßregelvollzug bei eingeschränkter oder fehlender Schuldfähigkeit. Er repräsentiert darüber hinaus die Pflegepolitik des Landes, den Bereich der Hilfen für behinderte Menschen und für deren gesellschaftliche Integration. Er enthält den Landesaltenplan und spiegelt natürlich auch die Verantwortung des Landes - konkret: der Landesregierung, weil sie dort mitwirkt - für die Gestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung über die Mitwirkung im Bundesrat.

Nun wissen wir, dass jeder Euro, den man ausgeben will, vorher erst einmal verdient worden sein muss. Nimmt man eine Gesamtbewertung der Haushaltssituation in diesem Bereich des Einzelplans 11 vor, muss man feststellen:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, weil Sie das Land heruntergewirtschaftet haben, weil Sie das wirtschaftliche Wachstum nicht in Gang bekommen, weil Sie steigende statt sinkende Arbeitslosigkeit zu verantworten haben und weil der Wohlstand in Nordrhein-Westfalen immer weniger Menschen erreicht und insgesamt auf der Kippe steht, schmilzt auch Ihre finanzielle Handlungsfähigkeit immer mehr. Man kann das als ein Kontinuum darstellen; denn wenn man sich einmal anschaut, wie sich im Einzelplan 11 die nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben entwickelt haben, also die Ausgaben, die man ohne Eingriff in Gesetze in den Haushaltsberatungen variieren kann, erkennen wir, dass wir im Jahr 2002 noch 244 Millionen € zur Verfügung hatten, während es im Jahr 2003 nur noch 215,79 Millionen € waren. Nach den bisherigen Plänen werden für 2004 noch 192,33 Millionen € und im Jahr 2005 170,55 Millionen € bereitstehen. Das ist die Beschreibung einer Entwicklung, die darauf hinaus-

Nordrhein-Westfalen insgesamt ein solides Fundament, um über die genannten Bausteine Profilbildung, zukunftsfähige Strukturen, mehr Anreize und Qualitätssicherung den Reformprozess erfolgreich zu gestalten.

Im Vergleich zu den eingangs genannten anderen Bundesländern, in denen der Rotstift regiert, schaffen wir Leistungsfähigkeit in der Breite und fördern zugleich die Exzellenz in der Spitze. Deshalb brauchen wir uns nicht zu verstecken. Dafür stehe ich mit dem Hochschulkonzept 2010. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung, und zwar nicht nur für den Haushalt 2004/2005, sondern auch darüber hinaus für die großen gemeinsamen Reformanstrengungen, die wir in den nächsten Jahren noch vollbringen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich bitte noch einmal um Entschuldigung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen: Die Glocke ist ein Signal, das eine Reaktion Ihrerseits erhofft und erwartet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung** über **Einzelplan 06** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4806. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir holen nunmehr die ausgesetzte **Abstimmung zum Einzelplan 15** nach. Es gibt drei Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4916** - Stichwort: Förderung der Berufsausbildung - ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP- und der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4917 - Neudruck** - zur Meistergründungsprämie abstimmen, die laufende Nr. 6 der vorliegenden Übersicht. Wer möchte diesem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das erneut mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP- und CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Einzelplan 15** abstimmen, und zwar entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4815. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 8** auf:

Verkehr

Damit ist der Einzelplan 8 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/4808 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Hardt für die Fraktion der CDU das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit wir dem Kollegen konzentriert folgen können. Bitte schön, Herr Hardt.

Heinz Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Landtag hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf für den Bereich Verkehr vorgelegt, der selbst vor den Koalitionsfraktionen keinen Bestand hatte. Richtigerweise hat der Verkehrsausschuss die von der Landesregierung verminderten Haushaltsansätze im investiven Bereich wieder auf das Niveau von 2003 gebracht.

Auch uns lag viel daran, diese Haushaltsansätze für die Verkehrsinvestitionen im ÖPNV und im Straßenbereich wieder auf den Stand des letzten Haushaltes anzuheben.

Dass die Landesregierung einen Doppelhaushalt für 2004 und 2005 vorlegt und die für unser Land so wichtige Verkehrsinvestition im Bereich ÖPNV mit 9,2 Millionen € und im Straßenbau mit 14,2 Millionen € streicht, zeigt, dass ihr Entwurf die Nöte des Landes nicht erkennt.

(Beifall bei der CDU)

Wer bei den letzten Beratungen zum vorliegenden Verkehrshaushalt die Hoffnung hatte, die geänderte Fassung würde im kommenden Jahr eine Steigerung bzw. Strukturverbesserung bringen, der sah sich getäuscht. In der Verkehrspolitik klappt zurzeit nicht viel, um es positiv zu formulieren.

Der Ministerpräsident möchte zwar das Land Nordrhein-Westfalen auch im Bereich der Verkehrspolitik positiv darstellen; aber es fällt einem verdammt schwer, dies so zu erkennen. Auch Mi-

